

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 204 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 1/2012 VOM 10. JANUAR 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Siedler contra
Straßenlärm**
Planfeststellung BI 167 neu steht an

5 | **Dezernent philosophiert
über Stadtentwicklung**
»Herz und Arme«

14 | **Gloria des Kriegerstaats
war der Bluff**
Wie der 1. Weltkrieg begann

Kriegsvorbereitungen stoppen!

Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!



Zehntausende Tote, eine traumatisierte Bevölkerung, eine weitgehend zerstörte Infrastruktur und ein zerfallener Staat: Das ist das Ergebnis des Krieges, den USA und Nato geführt haben, um den Reichtum Libyens plündern und das Land wieder kolonialisieren zu können. Jetzt bereiten sie offen den Krieg gegen die strategisch wichtigen bzw. rohstoffreichen Länder Syrien und Iran vor, die eine eigenständige Politik verfolgen und sich ihrem Diktat nicht unterordnen.

Ein Angriff der Nato auf Syrien oder Iran kann zur direkten Konfrontation mit Rußland und China führen – mit unvorstellbaren Konsequenzen.

Mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen zu Iran und Syrien sowie mit Sabotage- und Terroraktionen von eingeschleusten »Spezialeinheiten« halten die USA gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel die beiden Länder in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben soll. Zynisch und menschenverachtend versuchen USA und EU, mit Embargos ihren Außenhandel und Zahlungsverkehr planmäßig lahm zu legen. Die Wirtschaft des Iran und Syriens soll bewußt in eine tiefe Krise gestürzt, ihre Arbeitslosenzahlen erhöht und die Versorgungslage ihrer Bevölkerung drastisch verschlechtert werden. Die inneren sozialen Konflikte sollen ethnisiert und zugespitzt, ein Bürgerkrieg entfacht werden, um einen Vorwand für die längst geplante militärische Intervention zu schaffen. An diesem Embargo gegen Iran und Syrien beteiligt sich auch ganz maßgeblich die deutsche Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürger, die Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, die Friedensbewegung auf, dieser Kriegspolitik konsequent entgegenzutreten.

Wir fordern, daß die Bundesregierung – die Embargomaßnahmen gegen den Iran und Syrien bedingungslos und sofort aufhebt;
– klarstellt, daß sie sich an einem Krieg gegen diese Staaten in keiner Weise beteiligen und die Nutzung deutscher Einrichtungen für eine Aggression durch USA und Nato nicht gestatten wird;
– sich auf internationaler Ebene für die Beendigung der Politik der Erpressung und Kriegsdrohung gegen den Iran und Syrien einsetzt.

Das iranische und syrische Volk haben das Recht, über die Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung allein und souverän zu entscheiden. Die Erhaltung des Friedens verlangt es, daß das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konsequent eingehalten wird.

Bitte unterstützen Sie den Aufruf mit Ihrer Unterschrift auf der Internetseite www.freundschaft-mitvaljevo.de.



Mittlere Angestellte

Den mittleren Angestellten geht es gut. Als mittlerer Angestellter wird man schnell zum Liebling der Schwiegermütter. So einer ist nett und unauffällig, hat einigermaßen Manieren, eine lukrative Stellung, kann die Tochter versorgen, bringt die Enkel zustande und wird die Alten unterstützen. Wie schon der Name sagt, der mittlere Angestellte ist irgendwo angestellt und stellt im Mittel nichts an. Seine Verantwortung hält sich in Grenzen. Auch wenn er großen Mist baut, bekommt er Geld und behält seine Pension. Richtig viel zu sagen hat er auch nicht. Dafür muß er auch nicht so viel machen. Außerdem kann er ab und an untere Angestellte kommandieren.

Wen wundert es, daß fast alle junge Leute später mittlere Angestellte werden wollen. Der mittlere Angestellte ist sozusagen das Lebensziel schlechthin. Um sich auf das Leben als mittlerer Angestellter vorzubereiten, muß man einiges wissen und können. Wo bekomme ich was umsonst, welche Vergünstigungen gibt es beim Staat, wer kann die schwere Arbeit für mich machen und lädt mich in den Urlaub ein, welche Bank hat die besten Zinsen, wie falle ich nicht auf und werde trotzdem Klassenbester und wie schaffe ich es, überall dabei zu sein?

Wenn sie dann alles richtig gemacht haben, merken die mittleren Angestellten, das auch jemand den höheren Angestellten oder den höchsten Angestellten, den Präsidenten, machen muß. Was sollte man dafür können? Darf man sich dann auch noch ein bißchen schmieren lassen? Hier eine Urlaubseinladung, dort ein Zinsnachlaß, da eine schöne Dienstreise mit üppigen Spesen und dort einen Dienstwagen mit Fahrer. Wohnt man noch im gemütlichen Einfamilienhaus am Stadtrand und hat eine jüngere Frau? Wie viele Anzüge und Kleider braucht man? Wie hält man schwungvolle Reden. Welche Freunde braucht man? Und vor allem, wo bekommt man eine eigene Meinung und Ziele her? Wie übernimmt man Verantwortung und welche Folgen haben Fehler? Was muß man machen, daß die Zeitung nur Gutes schreibt. Wie wird aus dem mittleren Angestellten eine Persönlichkeit, die führen und gestalten kann? Wie kommt man zu Charakter und begeistert Menschen?

Vielleicht ist das ein bißchen viel verlangt von einem mittleren Angestellten? Sollten Präsidenten nicht fesche Weiber oder ganze Kerle sein, die schon was erlebt und geschafft haben in ihrem Leben? Leute mit Ecken und Kanten, die etwas hermachen und was können? Präsidenten, die was zu sagen haben und nicht auf Geld und Ehrenpension angewiesen sind. Präsidenten, die den Staatsbürgern verpflichtet sind und keine mittleren Angestellten?

Denkt mal darüber nach, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF aus Altenhof

Tarifrunde im Forßmann-Krankenhaus

Tarifkommission der Gewerkschaft ver.di beschloß Forderungspaket

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Diskussionen in der Belegschaft und den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft hat die Tarifkommission die Forderungen für die kommende Tarifrunde beschlossen. Gefordert wird ein Tarifvertrag für die Beschäftigten der Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus, der im Volumen dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes entspricht. Die monatlichen Entgelte sollen denen entsprechen, die Beschäftigte der entsprechenden Berufsgruppen in Krankenhäusern, die den TVöD oder vergleichbare tarifliche Regelungen anwenden, erhalten.

Durch deutliche Verbesserungen in den Tarifbereichen Arbeitszeit, Urlaub, Zuschläge,

Qualifizierung, Arbeitsbefreiung und Regelungen zum Thema alters- und alterngerechtes Arbeiten muß endlich der ständig steigenden Belastung Rechnung getragen werden. Teilzeitbeschäftigte dürfen keine preiswerten Lückenfüller mehr für permanenten Personalmangel sein, jede geleistete Mehrstunde muß eine Überstunde sein.

Nach Jahren des Stillstandes ist dieses Forderungspaket, insbesondere die Forderung nach deutlichen Einkommenserhöhungen mehr als gerechtfertigt. Die Geschäftsführung des Klinikums hat die Forderungen erhalten und wurde zu Verhandlungen aufgefordert.

BETTINA WEITERMANN,
ver.di Uckermark-Barnim

Enkelmann besucht Israel und Palästina

Vom 5. bis 12. Januar 2012 besucht unter Leitung der 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin der LINKEN Bundestagsfraktion, Dr. Dagmar Enkelmann, eine Delegation der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der Rosa Luxemburg Stiftung Israel und Palästina.

Der Delegation gehören Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Mitarbeiter der Stiftung an. Unter den Teilnehmern befindet sich auch der Parteivorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst. Die Delegation wird dort

Gespräche mit Vertretern der Regierung bzw. der Autonomiebehörde, verschiedener Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen führen. Die Delegation wird sich mit der Geschichte der Region, u.a. in Jerusalem, der Westbank, in Ramallah und in Tel Aviv, beschäftigen und sich über die aktuelle politische Situation, den Stand der Friedensverhandlungen und die Konflikte z.B. um den israelischen Siedlungsbau informieren.

BÄRBEL MIERAU

Familienwegweiser

Eberswalde (prest-ew). Der stark nachgefragte Familienwegweiser liegt in 4. geänderter Auflage vor, teilte Barbare Ebert, Referentin für Soziales und Koordinatorin des Familienbündnisses, im Dezember mit. Alle Angaben zu Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten für die ganze Familie in der Stadt Eberswalde wurden aktualisiert und sind auch online unter www.familienbuenndnis.eberswalde.de zu finden. Beide Formen sind barrierefrei, also auch blinden- und sehbehindertengerecht, gestaltet. Der Familienwegweiser ist ein Projekt der Stadt Eberswalde als Partnerin des Familienbündnisses. Er wurde durch sie erarbeitet, überarbeitet und finanziert, unterstützt von der Sparkasse Barnim. Die Broschüre ist kostenlos u.a. erhältlich im Rathaus, bei der Sparkasse Barnim und im Kreishaus.

Wanderplan

Der aktuelle Wander-, Radtouren- und Veranstaltungplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für Januar bis April hält wieder zahlreiche Veranstaltungen bereit. Besonders interessant dürften die vielen Touren östlich der Oder im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark sein. Hier konnten nach umfangreichen Recherchen alte Wanderwege wieder entdeckt werden. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Wriezen, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Angermünde, Wandlitz und Schwedt und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg kostenlos bereit. Auch eine kostenfreie Zusage ist möglich. Einfach unter 03344-333200 bestellen. Im Internet ist ebenfalls der aktuelle Plan unter www.berg-frei.de abrufbar.

BERND MÜLLER

150 Menschen blockierten Nazigelände

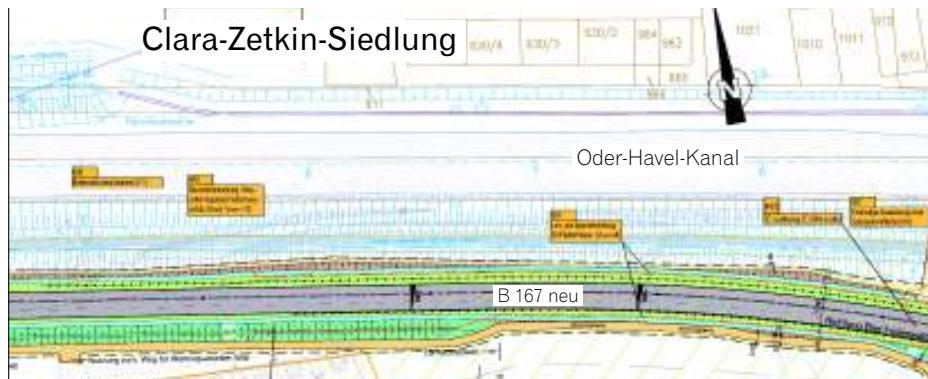
Biesenthal (rtb). Am 17.12. hatte die NPD zu einer Sonnenwendfeier auf das Biesenthaler Nazigelände am Erich-Mühsam-Weg geladen. Doch Biesenthal bleibt für die Nazis ein schwieriges Pflaster. 150 AntifaschistInnen aus Biesenthal und Umgebung mit Unterstützung aus Berlin, Strausberg und Frankfurt/Oder fanden sich zu einer Kundgebung auf dem Zufahrtsweg zum Nazigelände ein. Unter den DemonstrantInnen waren auch der Bürger-

meister, mehrere Stadtverordnete, Landtags- und Bundestagsabgeordnete. Durch die Kundgebung war die Zufahrt zum Nazigelände blockiert. Biesenthal hat damit noch einmal ein deutliches Zeichen gesetzt: Nazis sind hier nicht erwünscht! Einige Nazis wichen wohl auf das Privatgelände des NPD-Funktionärs Klaus Mann in Finowfurt aus. Vielleicht gelingt es ja beim nächsten mal auch dort den Veranstaltungsort mit einer Kundgebung zu verhindern.

Bürgerinitiative B 167 n trifft sich:

Siedler contra Straßenlärm

Eberswalde (js/bbp). Am 10. Januar trifft sich die Bürgerinitiative der Clara-Zetkin-Siedlung zur B 167 neu, um gemeinsam mit Gleichgesinnten aus Finowfurt über das anstehende Planfeststellungsverfahren zu diskutieren und mögliche Einwendungen zusammenzutragen.



Die vorgelegten Prognosen zum erwarteten Verkehrsaufkommen und der damit zusammenhängenden Lärmentwicklung hält die BI für unseriös. Im Bereich der Siedlung soll die Straße direkt am gegenüberliegenden Ufer des Oder-Havel-Kanals entlangführen. Gerade dort soll die Schnellstraße eine Überholspur erhalten, das heißt, die Autofahrer werden animiert, gerade in Höhe der Siedlung ordentlich Gas zu geben, auch mal etwas zügiger als erlaubt, um den Überholvorgang abzuschließen. Denn ein Überholen, dann mit Gegenverkehr, ist danach erst in knapp 2 Kilometern wieder möglich. Die Berechnungen im beigefügten Lärmgutachten erfolgten so, daß die zulässigen Grenzwerte vom Straßenlärm, der über die offene Wasserfläche schallt, nicht überschritten werden. Für die BI sind diese Berechnungen wenig glaubhaft.

Mit erheblichen Zweifeln wird auch die prognostizierte Entlastung für den Verkehr innerhalb von Finowfurt und Eberswalde betrachtet. Zu rund 90 Prozent handelt es sich um Ziel-, Quell- und Binnenverkehr. Dem stehen längere Anfahrtswege zur Autobahn über eine spezielle Trasse mit viel zu wenig Auffahrtmöglichkeiten gegenüber. Diese Anschlußstellen müssen zudem von den Kommunen bezahlt werden. Hinzu kommen erhebliche Restriktionen für die Kommunen. Auch im weiteren enthalten die Planungen »jede Menge Unsinn«, so das Fazit der BI.

Das Treffen der Bürgerinitiative B 167 neu beginnt Dienstag, den 10. Januar, um 19 Uhr und findet im Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr der Clara-Zetkin-Siedlung (auf der Aue) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Reformen in Kuba: In welche Richtung geht es?

Die Bernauer Ortsgruppe von »Cuba sí« lädt für den 16. Januar, 19 Uhr, in den Bernauer Fraktionsraum DIE LINKE, Stadthalle, Hussitenstr. 1. (Seiteneingang) ein, um über aktuelle Veränderungen in Kuba zu diskutieren. Kompetente Gesprächspartner sind Noel Carrillo, Mitarbeiter im Bereich Internationale Beziehungen im ZK der KP Kuba, und Llen Alfonso Pérez, Sekretärin für Presse und Solidaritätsabteilung der Botschaft Kubas in der BRD.

Sie informieren über den Inhalt und Stand der Umsetzung der angestrebten politischen und ökonomischen Veränderungen in Kuba. Dabei geht es um das zukünftige Verhältnis zwischen dem Staat und der KP Kubas sowie der zukünftigen Stellung der Nationalversammlung. In der Diskussion wird es auch um Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Wissensaustausches zwischen Kuba und Deutschland gehen. Großes Interesse besteht in Kuba an die speziellen Erfahrungen aus Ostdeutschland beim Zusammen- und Umbruch in der DDR und nach deren Ende. Die »Cuba sí«-Akteure wer-

den zudem über die Ergebnisse ihrer Solidaritätsarbeit in Kuba informieren.

ERIK FISCHER

Noel Carrillo arbeitete als studierter Übersetzer und Dolmetscher für Russisch zunächst in verschiedenen Funktionen für den kubanischen Jugendverband UJC, war Vertreter der UJC beim Weltbund der demokratischen Jugend in Budapest, danach in der Abteilung Internationale Beziehungen des kubanischen Gewerkschaftsbundes CTC, vier Jahre lang Botschafter Kubas in Irland und ist seit 2009 im Bereich internationale Beziehung beim ZK der KP Kubas tätig.

RotFuchs-Lesertreffen

Am 26. Januar findet um 14.30 Uhr das erste RotFuchs-Lesertreffen des Jahres 2012 statt. Versammlungsort ist die Gaststätte »Café am Weidendamm« in der Schicklerstraße in Eberswalde. Thema: Offene Diskussion zu Leserbriefen im RotFuchs. Dazu laden wir alle RotFuchs-Leser und alle interessierten Bürger recht herzlich ein.

RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

Piraten müssen von Bord

Das durch das Bund-Länder Programm »Soziale Stadt« geförderte und von der Eberswalder Stadtpolitik sehr stark unterstützte Projekt »Mütter-Väter-Kind Vereinscafé« im Vereinshaus der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow an der Havellandstraße 15 mußte zum Ende des Jahres 2011 wegen Auslaufen der Förderung seine Tätigkeit einstellen. Im Januar 2012 müssen die genutzten Räumlichkeiten an den Vermieter die WBG zurückgeben werden.

Dieses Projekt startete offiziell am 18. Juli 2009 mit vielen klugen Ideen, viel Eigeninitiative und vielen »Schweißtröpfchen« der Vereinsmitglieder um den damaligen Vereinschef Sven Gräber sowie mit viel Vorschlußlorbeer durch die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung insbesondere von Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff.

Der Braun-Weiße Piraten e.V. (1.Eberswalder Sankt Pauli Fan Club) als Träger dieses mit großer Unterstützung durch Kontaktbüro und Quartiersmanagement »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel begonnene Projekt wollte und sollte einen aktives und entschärfendes Zeichen gegen »soziale Verelendung und Verwahrlosung«, speziell auf dem Potsdamer Platz als der schlagzeilenumwobenen »Metropole« im Kiez setzen.

Eine echte Außenwirkung dieses Projekts hat es leider nie wirklich gegeben. Sehr schnell setzte sich der »harte Kern« vom konstruktiven Vereinsteam ab und landete wieder im Schoß der »trinkenden Gemeinschaft« auf dem Potsdamer Platz. Scheinbar ist die derzeitige Vereinsspitze überfordert, nach sinnvollen und finanzierbaren Alternativmöglichkeiten zu suchen, um nach Auslaufen der Förderung weiter am »Netz« bleiben zu können oder sich mit einem neuen Projekt an einen erfahrenen Träger sozialer Vereinsarbeit »anzudocken«.

Nach dem Motto, »die Hoffnung stirbt zuletzt«, ist jede ideelle Hilfe und natürlich die dringend notwendige materielle Unterstützung herzlich willkommen.

Denn das Projekt an sich war (sehr) gut gedacht – nur (sehr) schlecht gemacht.

Nachdem die Kleiderkammer, wenn auch mit reduzierter Fläche und als integraler Bestandteil von sozialen Beratungs- und Informationsangeboten des neuen Trägers, dem Arbeitslosenservice Eberswalde, im Vereinshaus an der Havellandstraße erhalten werden konnte, sollte jede Möglichkeit genutzt werden um »5 vor 12« für und mit den Braun-Weißen Piraten e.V. eine analoge Möglichkeit zu finden und damit auch ihren Verbleib im Vereinsheim zu sichern.

Zusätzlicher sozialer »Sprengstoff« für den Potsdamer Platz ist für das Gesamtimage des Ortsteiles Brandenburgisches Viertel abträglich und sollte möglichst vermieden werden.

CARSTEN ZINN,

Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels

Abgewimmelt

Eberswalde (bbp). Im November hatten sich die Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung mit einem Brief an Ministerpräsident Matthias Platzeck dafür eingesetzt, auf die geplanten Kürzungen im Bildungsetat zu verzichten.

»Die finanziellen Zwänge der kommenden Jahre stellen das Land Brandenburg«, heißt es in der Antwort der Landesregierung, »vor enorme Herausforderungen«. Dabei wird auf das Auslaufen des Solidarpaktes II bis 2019 und das Ziel, keine Nettoneuverschuldung mehr zuzulassen, verwiesen. Da müsse jeder Haushaltsbereich einer Prüfung unterzogen werden und innerhalb des Bildungsressorts könne neben den öffentlichen Schulen auch der Bereich der Ersatzschulen nicht ausgenommen werden. »Dabei steht außer Frage, daß das grundgesetzlich garantierte Recht auf Finanzierung des Privatschulwesens in Gänze nicht gefährdet werden darf und die grundsätzlichen Gestaltungsrechte der Privatschule nicht tangiert werden. Ich bitte um Verständnis, daß die geschilderten Sparzwänge gegenwärtig keinen Spielraum lassen.«

Sprecherratsvorsitz neu

Eberswalde (mh). Auf seiner letzten Sitzung im Jahr 2011 hatte der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel die Aufgabe einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Der bisherige Vorsitzende, der Stadtverordnete Martin Hoeck, hatte selbst darum gebeten, einen Nachfolger zu bestimmen. »Ich möchte mich mehr um meine politischen Ämter kümmern«, sagte der scheidende Vorsitzende nach gut drei Jahren an der Spitze dieses ehrenamtlichen Gremiums und »außerdem geht es darum, besonders im Viertel das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Da ist es vielleicht sogar besser, wenn kein Kommunalpolitiker an der Spitze steht«, so Hoeck weiter. Zur Nachfolgerin wurde einstimmig die 23-jährige Aileen Schlemonat gewählt. Sie ist schon seit mehreren Jahren für das Kinder- und Jugendparlament im Sprecherrat vertreten und engagiert sich darüber hinaus sehr im Stadtteil. »Ich freue mich auf die neue Aufgabe und freue mich auch, daß Martin uns weiterhin als Mitglied im Sprecherrat unterstützt.«, so die neue Vorsitzende nach ihrer Wahl.

Neue Sprechzeiten des OV

Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels ist im neuen Jahr an jedem ersten und letzten Mittwoch im Monat von 18 bis 20 Uhr im Bürgerzentrum, Schorfheidestraße 13 (obere Etage links, Raum 123) für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Telefon während der Sprechstunde: 03334/818246 (außerhalb der Sprechstunde ist ein Telefonanrufbeantworter geschaltet). In dringenden Fällen nutzen Sie bitte mein persönliches Handy (0170/2029881). Email: kommunal@gmx.de.

CARSTEN ZINN

Fokussierung auf Fördermittel

Stellungnahme zum Stadthaushalt 2012

Eberswalde (bbp). Am 15. Dezember hat die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung dem Haushalt 2012 mehrheitlich zugestimmt. Die Fraktionen nutzten wie üblich die Haushaltsdiskussion, um ihre Generalkritik zur aktuellen Stadtpolitik kundzutun – die zuweilen auch als Generalzustimmung daherkam. Letzteres kann der Stellungnahme der Fraktion der Fraktionslosen kaum unterstellt werden. Diese liegt uns als erste vor. Über weitere Auffassungen werden wir im Februar berichten.

Die Frage, ob die aktuelle Haushaltspolitik den Anforderungen für das nächste und die folgenden Jahre genügt und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt sichert, beantworten die »Fraktionslosen« mit einem »klaren Nein«.

Die städtische Haushaltspolitik orientiere sich zu wenig an den Interessen der Eberswalder Bürger, meint die Fraktion. Dafür stehe exemplarisch, »die Haltung der Verwaltung und großer Teile der Abgeordneten zum Thema Rekommunalisierung der Energiewirtschaft«. Seit drei Jahren stehe der Neuabschluß der Konzessionsverträge für die Gas- und Stromnetze und damit auch die Rekommunalisierung auf der Tagesordnung. »Während bundesweit in vielen Städten neue Stadtwerke gegründet wurden, gibt es in Eberswalde noch nicht einmal einen Grundsatzbeschuß zu dieser Frage.« Unverkennbar sei, daß die Verwaltung den Prozeß der Rekommunalisierung eher bremst als befördert. Es sei nicht einzusehen, »warum die großen Chancen zur Senkung der Energiekosten für die Bürger, für die städtischen Energieverbraucher und Unternehmen nicht genutzt werden sollen«. Ein Beispiel sei Oranienburg, wo mit dem Haushalt 2012 Kurs auf kompletten Rückkauf der Stadtwerkeanteile vom Mitgesellschafter genommen wurde.

Statt der Orientierung auf die Bürger stehe eine »einseitige Orientierung auf Möglichkeiten der Fördermittelinanspruchnahme« auf der Tagesordnung. »Fördermittelabgreifen« wie zu Zeiten von Bürgermeister Schulz. Das Prinzip der Nachhaltigkeit der Investitionen gehe dabei über Bord und Stadtentwicklungsfragen bleiben auf der Strecke. So beinhalte das Bürgerbildungszentrum jährliche Folgekosten von 130.000 Euro als kalkulierte Verluste für die Stadt, »die sicher noch erheblich übertroffen werden, wenn die Herstellungs- und Betriebskosten nicht eingehalten werden«. Da wäre es besser, solche Investitionen privaten Investoren zu überlassen, was auch für den »Wohnpark Finow« gelte. Auf die »Stadtpromenade« könne ganz verzichtet werden und ein Straßenausbau in Finow und Ostende sollte erst nach Zustimmung durch die Anwohner geplant werden.

Die kommunalen Unternehmen sind nicht Bestandteil des Haushalts, gehören aber zur Wirtschafts- und Finanzstrategie der Stadt. So sind 100.000 Euro Verlustausgleich für die Technischen Werke (TWE) im Haushalt enthalten sowie eine jährliche Rückstellung von 1 Million Euro für den Fall, daß die Stadt wegen ihrer Bürgerschaft für Kredite der TWE in Anspruch genommen werden sollte.

»Seit Jahren fordern wir ein Sanierungskonzept für die TWE. Nach anfänglich ausweichenden Antworten folgte die Zusage einer 'schnellstmöglichen' Erarbeitung. Inzwischen wird statt am Sanierungskonzept an der Vorsorge vor der Pleite gearbeitet für den Tag, an dem die Erlöse aus dem Stadtwerkeverkauf in Höhe von 29 Millionen Euro aufgebraucht sind. Ein solcher Umgang mit dem Geld der Bürger ist unverantwortlich.« Erforderlich sei im Interesse der Erhaltung des BAFF die Trennung von allen unwirtschaftlichen Sparten und der längst entbehrlichen Tochter WFGE.

Der momentane Verzicht auf den Eichwerder Rings sei nicht Ergebnis einziehender Vernunft, sondern auf außerstädtische Entscheidungen zurückzuführen. Die geplante Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd durch die städtische Wohnungsgesellschaft (WHG) bediene »Prestigepläne« und gefährde damit die Wirtschaftlichkeit der WHG, was künftige Belastungen für den städtischen Haushalt bedeute. Ohnehin stehe das Projekt einer gesunden Stadtentwicklung eher entgegen. Die Planungen für die Innenstadt gehören nach Auffassung der Fraktionslosen generell auf den Prüfstand. Statt weiterer Verdichtung, sei die Schonung und Entwicklung der Grün- und Freiflächen sowie eine ausgewogene Entwicklung der Stadtteile notwendig.

Der Haushalt enthalte eine Reihe von Ausgaben, auf die verzichtet werden kann. Ausgaben für »externen Sachverstand«, Zuschüsse an den Landkreis und für die Stadt nachteilige Geschäfte. So schmälere der Flächentausch mit dem Landkreis mit nachfolgenden Abrißkosten die Leistungsfähigkeit der Stadt ebenso wie die erforderlichen Eigenanteile bei vielen geförderten Investitionen. Trotz permanenter Klagen über die knappe Personaldecke gebe es auch Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten. Beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsförderung oder durch Begrenzung der Personalstellen mit hohen Gehaltsgruppen. Es sei nicht zu akzeptieren, so »Die Fraktionslosen«, daß so großzügig auf die schwindenden Reserven zugegriffen werde.

Freie Oberschule Finow e.V.
Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde
www.freie-oberschule-finow.de
Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

»Herz und Arme«

Ein Verwaltungsdezernent philosophiert über Stadtentwicklungsstrategien

Der inzwischen achte Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel war ein Erfolg. Die Tagespresse sprach von 600 Besuchern. Doch gab es ein ständiges Kommen und Gehen, so daß es wohl mehr als 1.000 Gäste waren, die am dritten Advent im Laufe der vier Stunden auf das Gelände und in die Sporthalle des SV Medizin an der Schorfheider Straße fanden. Dennoch waren viele der meist ehrenamtlich agierenden Organisatoren enttäuscht. Enttäuscht darüber, daß sich kein offizieller Vertreter der Rathauspitze blicken ließ.

Schnell ist da wieder von »marktplatzzentrierter Stadtpolitik« die Rede, für die das Brandenburgische Viertel »nur das fünfte Rad am Wagen« darstellt. In dieses Bild paßt, was im Viertel wohnende Studenten über eine Veranstaltung mit dem Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff berichteten. Demnach vertritt der dritte Mann der Stadtverwaltung eine Auffassung, die er mit »Herz und Arme« umschrieb. Vor allem das »Herz«, d.h. die Innenstadt mit Markt und Rathaus, sei zu stärken und zu entwickeln – wenn's drauf ankommt, auch zu Lasten der »Arme«, die in dieser Metapher für die Stadtteile außerhalb der einstigen Stadtmauer stehen, nicht zuletzt für das Brandenburgische Viertel.

Der Verwaltungsdezernent folgt mit seiner Theorie einschlägigen Stadtentwicklungsstrategien, wonach eine Stärkung des Zentrums automatisch auf die Peripherie ausstrahle. Da ist zweifellos was dran. Allerdings bleibt unberücksichtigt, daß Eberswalde als Bandstadt mit fünfzehn Kilometern Ost-West-Ausdehnung nur bedingt mit anderen Städten verglichen werden kann. Eberswalde besteht, historisch gewachsen, aus vielen Zentren, die sich ähnlich einer Perlenschnur entlang des Finowkanals aneinandergereiht. Die Altstadt, das »Herz« des Dezernenten, lag bis 1992 de facto an der östlichen Peripherie der Stadt. Erst mit der Eingemeindung von Sommerfelde und Tornow rutschte die geographische Mitte etwas

in Richtung Rathaus und Marktplatz. Dort wurde in den letzten zwanzig Jahren viel investiert, um daraus ein Zentrum zu machen. Mit »Südend« entstand sogar ein neuer Stadtteil, damit die Altstadt wenigstens in Nord-Süd-Richtung als Mitte erscheinen zu lassen. Doch der vielzentrige Bandcharakter der Stadt konnte auch damit nicht aufgehoben werden.

In den städtebaulichen Planungen findet diese spezielle Eberswalder Problemlage durchaus ihren Niederschlag. So heißt es im Leitbild der Stadt Eberswalde: »Die polyzentrale Ausrichtung bleibt bestimmendes Strukturmerkmal und künftiges Ziel der Stadtentwicklung«. Und auch das aktuelle Einzelhandelskonzept geht von den vier Zentren Finow, Brandenburgisches Viertel, Westend und Eberswalde aus.

Wenn ein Spitzenbeamter des Rathauses nun so über »Herz und Arme« philosophiert, können die Bürgerinnen und Bürger einerseits davon ausgehen: Da engagiert sich einer, denkt über seine Stadt und seinen Souverän nach, macht nicht bloß »Dienst nach Vorschrift«. Andererseits offenbart sich, daß die von den Einwohnern und der Volksvertretung gründlich diskutierten und schließlich beschlossenen Leitlinien diesem Spitzenbeamten offenbar kaum »ins Blut übergegangen« sind. Professionelles Agieren können die Bürgerinnen und Bürger dennoch erwarten – mehr aber nicht.

Oft sind es Feinheiten, wie die fehlende Präsenz der Verwaltungsspitze auf dem Ortsteil-Weihnachtsmarkt, welche die Bürgerinnen und Bürger aufhorchen lassen.

Ins Brandenburgische Viertel flossen auf der Grundlage von Stadtverordnetenbeschlüssen seit den 90er Jahren riesige Fördermittelsummen – und keineswegs nur in den Abriß. Die Infrastruktur kann sich sehen lassen. Mit dem Potsdamer Platz erhielt das Viertel ein Zentrum, Parks wurden gestaltet, Begegnungs- und Vereinshäuser entstanden. Unter großen Mühen wurden zahlreiche soziokulturelle Projekte ins Leben gerufen und gefördert. Und vieles mehr. Daß in diesem Prozeß auch Fehler passieren, war sicher kaum zu vermeiden. Manchen Projekten fehlt es an ökonomischer Nachhaltigkeit, um nach Auslaufen der Förderungen weiter bestehen zu können. Allerdings wird auch erst seit einem Jahr ernsthaft an einem »Verstetigungskonzept« für das Programm »Soziale Stadt« gearbeitet.

Es gab aber auch strategische Fehlentscheidungen. Hier insbesondere die



Den Besuchern des 8. Kiez-Weihnachtsmarktes wurde einiges an Kurzweil geboten.

Schließung mit schnell folgendem Abriß der Albert-Einstein-Oberschule, aber auch die übereilte Auflösung der Kita »Spatzennest«. Diese Fehlentscheidungen machten viel zu nichts, was gewachsen war und was zuvor und danach unter riesigem Fördermitteleinsatz entwickelt werden sollte. Damit raubte man dem Viertel, das gerade ein mit viel Aufwand erbautes räumliches Zentrum gewonnen hatte, das potentielle gesellschaftliche und kulturelle Zentrum. Die verbliebene Grundschule kann solchem Anspruch nur bedingt entsprechen. So erscheinen nun die verstreut liegenden Begegnungszentren (Bürgerzentrum, Vereinshaus, Vereinsschiff, Club am Wald, Gemeindezentrum) wie »Arme ohne Herz«.

Die sogenannte »Verstetigung« wird – daran ändern die schönsten Hochglanzbrochüren nichts – vor allem mit einem Sterben und Schrumpfen der vorhandenen Projekte einhergehen. Hier ist nicht nur ein klares Konzept nötig, hier müssen auch rechtzeitig offene Worte gesprochen werden.

Der ratenweise Rückzug des Bürgeramtes aus den Ortsteilen fand nach zahlreichen »vorübergehenden« Schließungen vor einem Jahr seinen Abschluß. Ende 2011 verschwand das Eltern-Kind-Vereinscafé der »Braunweißen Piraten« und nicht einmal der Sprecherrat »Soziale Stadt«, aus dem nach vorliegenden Ideen ein Stadtteilverein als Koordinator für die fortbestehenden Projekte und Initiativen entstehen soll, wurde vorab informiert. Auch die Kreisverwaltung trug ihr Scherflein bei und bedrohte zum Jahreswechsel – an allen demokratischen Gremien vorbei – kurzfristig die Drogenberatungsstelle »Experience« in der Gubener Straße mit dem Aus. Zuvor war nur durch stetes Engagement, nicht zuletzt des Ortsvorstehers, die Kleiderkammer erhalten geblieben. Letzteres ein Beispiel dafür, daß mit etwas gutem Willen doch etwas erreichbar ist.

Die »Herz und Arme«-Strategie ist gut. Doch Eberswalde ist etwas Besonderes. Eberswalde ist eine Stadt mit vielen Herzen.



Regionalbudget

Eberswalde (prest-ew). Noch vor Ablauf des alten Jahres hat die Stadt Eberswalde einen Zuwendungsbescheid für zusätzliche Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Förderung des Landes Brandenburg erhalten. Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus, Dr. Ronald Thiel, warben am 12.12.2011 vor dem Landesförderausschuß in Potsdam erfolgreich für das Eberswalder Regionalbudget.

Das Regionalbudget im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« ermöglicht es den Regionalen Wachstumskernen (RWK) im Land Brandenburg, zusätzliche Fördermittel in Höhe von bis zu 150.000 Euro jährlich zu beantragen. Dem RWK Eberswalde stehen somit bis April 2014 insgesamt 403.000 Euro an zusätzlichen Fördermitteln zur Verfügung.

Mit dem Regionalbudget können gemeinsame Projekte von Wachstumskernen und Landkreis zur Stärkung regionsinterner Kräfte, Verbesserung der regionalen Kooperation, Mobilisierung regionaler Wachstumspotenziale, Initiierung regionaler Wachstumsprozesse oder Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings durchgeführt werden. Das Regionalbudget stellt somit ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Ausstrahleffekte des RWK auf sein Umland dar.

In Eberswalde wird das Regionalbudget für die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur, das Standort- und Tourismusmarketing sowie für die Themenbereiche Bildung und Fachkräftesicherung verwendet.

»Eine weitere Stärkung der Regionalen Wachstumskerne ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Aus diesem Grund begrüßen wir die Entscheidung des Landesförderausschusses außerordentlich; sie bringt unsere Stadt und unsere Region weiter voran«, betont Bürgermeister Friedhelm Boginski.

16. Berufemarkt

Eberswalde (prest-ew). Bereits zum 16. Mal wird unter dem Dach des Oberstufenzentrums II Barnim im Leibnizviertel, Alexander-von-Humboldt-Straße 40, mit Unterstützung der Agentur für Arbeit Eberswalde und unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Friedhelm Boginski der Berufemarkt ausgerichtet. Dieser findet traditionell am Samstag, eine Woche vor den Halbjahreszeugnissen, diesmal am 21. Januar von 9.30 bis 13 Uhr statt. »Wir richten auch wieder eine Tombola aus«, teilt Evelyn Brotmann, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit des OSZ II, mit. »Die Erlöse sollen der Eberswalder Tafel und dem Solarbootprojekt unserer Schule zukommen.« Bewerbungsunterlagen können von den zukünftigen Auszubildenden mitgebracht werden. Die passenden Bewerbungsfotos gibt es vor Ort.

Neujahrsgedanken

von Johannes Madeja

Man wünscht sich und seinen Lieben und oft auch den weniger Geliebten Gesundheit. Das gehört sich so und ist wohl auch überwiegend ehrlich gemeint. Man wünscht sich allgemein Glück und Erfolg, wohl wissend daß immer noch die Regel gilt: »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Auch der tüchtigste Schmied ist oft machtlos und, allein gelassen, erfolglos.

Es gibt auch ganz spezielle Wünsche, von denen man hofft, daß sie sich erfüllen mögen. Ich habe da so einen: Mehr praktische Demokratie. So ganz allgemein und unkonkret wird so ein Wunsch aber schnell zur Illusion. Deshalb etwas genauer: Als Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneter, zumal parteilos, versuche ich seit vielen Jahren, den Interessen der Bürger, meiner Wähler, eine Stimme zu sein. Ich bin dafür, daß die Preise für Energie und Wasser bezahlbar bleiben, wieder bezahlbar werden. Ich bin dafür, daß unsere jüngsten Schüler mit noch kurzen Beinen kurze, sichere Schulwege haben und daß die nicht mehr so mobilen Senioren kurze, sichere Wege zur Bank, zur Post, zum Arzt und zum Einkaufsladen behalten. Ich bin dafür, daß es in Wohnbereichen ruhig ist. Deshalb fordere ich konkrete Maßnahmen, besonders für die Schwachen, für Schüler und für Rentner und verlange Rechenschaft von den sog. »Verantwortlichen«.

Ich bin der Meinung, daß es endlich aufhören muß, Mieten, Friedhofsgebühren, Grund- und Hundesteuern und, und ... ständig höherzuschrauben, nicht zuletzt um aufgeblähte Verwaltungen zu bezahlen. Schluß mit der nicht enden wollenden »Abzocke«! Das wollen wir doch alle, jedenfalls die Mehrheit – und was die Mehrheit will, das gilt. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben. Das verstehe ich unter Demokratie.

Nun erleben wir es aber fast täglich, daß wir fremdbestimmt leben müssen und daß es sehr schwer, oft unmöglich ist, dagegen anzukommen. Aber vielleicht irre ich mich ja. Vielleicht will die Mehrheit ja ganz etwas anderes, als ich bisher geglaubt habe! Vielleicht bezahlen die meisten ja gerne 35 Cent je Kolowattstunde Strom, 1,60 Euro für den Liter Benzin, 1,20 Euro für den Kubikmeter Gas und 12,50 Euro

für den Kubikmeter Wasser? Vielleicht bezahlen die meisten ja gerne fünf Euro je Quadratmeter (und mehr) Kaltmiete? Vielleicht halten Grundstückseigner (die sind doch alle reich – oder etwa nicht?) eine Grundsteuer von 420% für durchaus angemessen, etwa damit die Gemeinde den Kredit für die viel zu große Schule abzahlen kann? Vielleicht halten die Eigenheimbesitzer ein paar tausend Euro »Altanschließergebühren« für durchaus gerecht? Vielleicht fahren sogar schon die Kleinsten gern mit dem Schulbus weit weg, weil es da immer so lustig ist? Vielleicht stört es die meisten ja gar nicht, daß sie in Zukunft 5 km mehr und länger fahren müssen, um die Autobahn zu erreichen und haben sich damit abgefunden, daß es in Zukunft durch die neue B 167 ziemlich laut werden wird in ihrem Garten und auf ihrem Balkon. Vielleicht stört es die meisten auch gar nicht, daß unser Wald im HOKAWE weiter verfeuert wird und – auch dadurch – die Holzpreise steigen werden? Vielleicht haben die meisten ja ein gut gefülltes Konto, so daß es sie nicht stört, wenn sie – ganz zum Schluß – beim Bestatter mit 5000 Euro dabei sind.

Dazu mache ich mir so meine Gedanken. Vielleicht hat aber meine Frau Recht! Vielleicht sollte ich es mir in Zukunft ganz bequem machen, mich entspannt zurücklehnen und die Dinge laufen lassen – ohne zu monieren und ohne zu murren. Meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten aus den sog. Volksparteien (es gibt auch Ausnahmen) machen mir das seit Jahren vor und es geht Ihnen gut dabei! Manche sind gar richtig beliebt!

Sollte es allerdings ein paar Leute geben, die mir sagen, daß ich durchaus richtig liege, wenn ich mich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, des Bildungs- und Gesundheitswesens und für den Erhalt einer lebens- und lebenswerten Umwelt einsetze, dann könnte ich mich dazu überreden lassen, so weiterzumachen wie bisher und Opposition zu sein. Die gehört – das habe ich mal gelernt – zur Demokratie dazu! Da hätte ich aber noch einen kleinen Wunsch: Diejenigen, die mir Erfolg wünschen sollten mitmachen und aktiv mithelfen, daß sich der Erfolg auch einstellt. Oder ist dieser Wunsch doch zu unbescheiden!?

20 Ehrenamts-Vorschläge zur Ehrung

Eberswalde (prest-ew). »20 Vorschläge wurden bis zum Stichtag 9. Dezember eingereicht für die Auszeichnung von Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen, Initiativen oder Gruppen, die sich in besonderem Maße, meist langjährig, ehrenamtlich für das Gemeinwesen einsetzen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt leisten«, sagt Barbara Ebert, Referentin für soziale Angelegenheiten und Behindertenbeauftragte der Stadt.

»Hierzu zählt, wie jedes Jahr seit 2008, auch eine Unternehmerpersönlichkeit, die sich schon lange uneigennützig für das Gemeinwohl der Stadt engagiert.« In den kommenden Wochen wird die Arbeitsgruppe Ehrenamt der Stadt Eberswalde darüber beraten, wer im Frühjahr des durch den Bürgermeister Friedhelm Boginski im Rahmen einer würdigen Feierstunde für herausragendes bürgerschaftliches Engagement geehrt werden soll.

BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«

Knickt das Bergamt ein?

Der Sprecher der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« und Vorsitzende des Vereins »Wir in der Biosphäre« e.V. Gunnar Hemme nutzte den Jahreswechsel, um in einem Rundbrief an die Mitglieder und Unterstützer des Protests gegen die geplante 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) auf die geleistete Arbeit zurückzublicken und die Perspektiv des weiteren Konfliktverlaufs zu skizzieren.

Die BI kann auf eine insgesamt recht erfolgreiche Presse- und Medienarbeit zurückblicken. Der Konflikt um die 380-kV-Freileitung war, nicht zuletzt wegen der einfallsreichen Aktionen der Bürgerinitiative immer wieder Thema in den Medien (die BBP berichtete regelmäßig darüber).

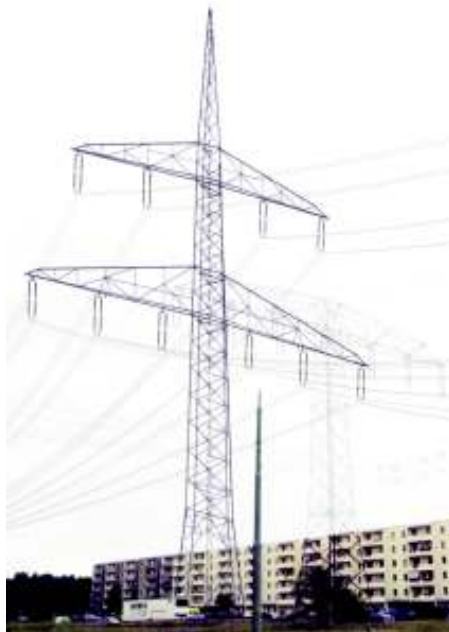
Beim Trassenplenum am 20.5.2011 in der Blumberger Mühle konnte mit der Verabschiedung der »Blumberger Erklärung« der Protest klar formuliert und begründet werden. Diese Erklärung wird von einem breiten Bündnis von Vertretern der Umwelt- und Naturschutzverbänden, von Mandatsträgern und auch betroffenen wirtschaftlichen Unternehmen getragen.

Der von der Genehmigungsbehörde organisierte Vor-Ort-Termin an ausgewählten Konfliktpunkten der Trasse, bei dem 50 Hertz-Transmission Vorschläge zur Trassenoptimierung unterbreitete, hat die Bürgerinitiative in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Freileitungsplanung bestärkt.

Es ist hier und auch bei der vom Projektanten vorgelegten Visualisierung des Trassenbildes deutlich geworden, daß die im Raumordnungsverfahren fehlerhaft durchgeführte Trassenfindung durch das Biosphärenreservat und die Stadt Eberswalde nicht mit den Mitteln der Trassenkosmetik zu korrigieren ist.

Die von 50 Hertz-Transmission vorgelegte Planung ist nicht genehmigungsfähig, wie sie nicht umweltverträglich ist und für die Anwohner und die Unternehmen in der Region nicht zumutbar ist.

Mit Blick auf das kommende Jahr führt Gunnar Hemme aus: »Der Druck auf die Genehmigungsbehörde, trotz der vielen Einwände und der breiten Ablehnungsfront von Einwohnern, Unternehmen, Kommunen und Umweltverbänden, die Freileitungsplanung zu genehmigen ist vor allem wegen der im Zusammenhang mit der Energiewende,



Visualisierung der 380-kV-Freileitung im Vergleich zur bestehenden 220-kV-Leitung in Höhe des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde.

de, die wir befürworten, entfachten Diskussion über den gewachsenen Netzbedarf, stark gewachsen. Es ist zu befürchten, daß das Landesbergamt diesem Druck nicht standhält und im Frühjahr 2011 die Freileitungsplanung genehmigt.

In diesem Fall sehen wir uns gezwungen, gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen und den Schutz des Bundesverwaltungsgerichts anzurufen. Wir werden dies tun, im Vertrauen auf die gute Begründung unserer Forderungen und den hohen Wert der Schutzgüter, für die wir eintreten. Unsere Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung darf nicht den kommerziellen Interessen des Netzbetreibers geopfert werden. Da wissen wir uns mit Ihnen einig und rechnen auch weiterhin mit Ihrer Unterstützung.«

HARTMUT LINDNER

Rot-Rot stärkt kommunale Finanzkraft

Der Großteil der brandenburgischen Kommunen erhält im Jahr 2012 höhere Schlüsselzuweisungen. Sie profitieren damit nicht nur von den allgemeinen Steuermehreinnahmen, sondern auch davon, daß mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von Linken und SPD beschlossen wurde, den kommunalen Anteil der Steuermehreinnahmen nach der November-Steuerschätzung bereits 2012 an die Kommunen weiterzugeben. Auch die meisten Städte und Gemeinden im Landkreis Barnim erhalten im kommenden Jahr ein kräftiges Plus bei den

Schlüsselzuweisungen. Nach den berechneten Orientierungsdaten, die den Kommunen und Landkreisen in diesen Tagen zugehen, erhält die Kreisstadt Eberswalde gut 3 Mio. Euro mehr als in diesem Jahr – ein Plus von 14,13 %.

Auch Bernau mit 11,76 % (knapp 2 Mio. Euro mehr) und Panketal mit 8,12 % (knapp 570.000 Euro) verzeichnen Zuwächse bei den Schlüsselzuweisungen. Der Landkreis Barnim erhält gegenüber diesem Jahr ein Plus an Schlüsselzuweisungen von 8,7 Millionen Euro.

RALF CHRISTOFFERS

Diskussion mit Grünen

Eberswalde (bbp). Mit dem Atomausstieg wächst die Chance, sofort die Weichen für den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien zu stellen. Die Bündnisgrünen im Bundestag wollen diese Chance mit aller Kraft nutzen. Um den Ökostrom ohne große Verluste von den Erzeugungs- in die Verbrauchsgebiete zu transportieren, seien aber auch neue Stromnetze notwendig. Dabei sei längst klar, »daß die neuen Leitungen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg durchgesetzt werden können«. Vielerorts engagieren sich Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Überlandtrassen. Sie fordern »völlig zu recht mehr Information, Mitsprache und verträgliche Lösungen ein – auch entlang der Uckermarkleitung«.

Dennoch war die von der bündnisgrünen Bundestagsfraktion zum Thema »Neue Leitungen für die Energiewende?!« am 12. Dezember organisierte Veranstaltung nur relativ schwach besucht. Allerdings sind die Fronten in der Region auch klar. Von der Bürgerinitiative »Nicht über unsere Köpfe« bis hin zu den Entscheidungsträgern in den Kommunen herrscht Einigkeit, daß die aktuellen Planungen für die »Uckermarkleitung« als Freileitung abzulehnen sind. Alternative ist die Verlegung der 380-kV-Leitung als Erdkabel. Dieses Ziel, von der Stadtverordnetenversammlung für das Eberswalder Stadtgebiet beschlossen, wird auch seitens des Eberswalder Baudezernates konsequent verfolgt.

Trotz aller Einwände rechnet die Bürgerinitiative mit einem für den Netzbetreiber 50Hertz positiven Planfeststellungsbeschuß. »Das ist bitter«, sagt Hartmut Lindner von der Bürgerinitiative, »denn die Leitung ist nicht genehmigungsfähig. Aber das sieht die Genehmigungsbehörde wahrscheinlich nicht ein. Sie ist eine Genehmigungsbehörde und keine Genehmigungsverweigerungsbehörde. Man muß die Dinge wirklich nehmen. Bleibt am Ende nur der Gang nach Leipzig.«

Auch die grüne Bundestagsfraktion will den Netzausbau erklärtermaßen voranbringen, dessen Planung jedoch grundsätzlich verändern. »Transparenz von Beginn an und eine umfassende Bürgerbeteiligung vor Ort sind für uns ebenso unverzichtbar wie Lösungen, die für die Umwelt und die Menschen vor Ort verträglich sind«, sagt Bundestagsabgeordnete Ingrid Nestle. »Politik, Netzbetreiber und Bürgerinnen und Bürger sollen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und akzeptierte Lösungen finden.« Mehrkosten – etwa für Naturschutz oder Erdkabel – müssten nach Auffassung der Bündnisgrünen auf die Netzentgelte umgelegt werden können.

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Zum Tod von Christa Wolf:

Zwischen Utopie und realem Desaster

Im Rückblick auf das Wirken von C.W. treten Etappen hervor, die durch kulturpolitische Ereignisse und die intensiven Diskussionen um (nahezu alle) ihre Bücher geprägt sind. Die »Fälle« der C.W. ergaben sich immer wieder durch den Unverstand »maßgebender« Personen / Instanzen der Kulturszene einerseits, durch Wolfs unbestechliches Engagement im Spannungsbogen zwischen Utopieanspruch und realer gesellschaftlicher Entfremdung.

Das 11. Plenum 1965. »Heute sollen wir hier geschlachtet werden!« So empfing Hans Koch, der 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes seine Kollegen vor einem »Gespräch« von Künstlern mit Ulbricht im Staatsrat im Vorfeld des Plenum. Das Treffen endete friedlich. Dramatischer verlief das ZK-Plenum selbst. Die 36jährige C.W. trat dort mutig den doktrinären Kunstvorstellungen Ulbrichts und seiner Parteigänger entgegen und verteidigte angegriffene Arbeiten ihrer Kollegen. Das wurde von einigen »bald als ein absolutes Abtrünnigsein« (miß)verstanden.

Biermann-Affäre. Nach den Protesten gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann (1976) verließen prominente Künstler die DDR, darunter die begabte Lyrikerin Sarah Kirsch. Da C.W. sich den Protesten angeschlossen hatte, befürchtete ich ihrerseits einen ähnlichen Entschluß. Folgender Briefentwurf von 1977 gibt dieser Sorge und der Wertschätzung der Schriftstellerin Ausdruck. Der Brief wurde nicht abgesandt, weil aus der Presse dann ersichtlich wurde, daß sie die DDR nicht verlassen wollte.

»Sehr geehrte Frau Wolf! ... Ich weiß nicht, weshalb Frau Kirsch ihren Schritt getan hat. Ich weiß nur, daß »wir« (das Lesepublikum in der DDR) eine Lyrikerin von Rang zunächst verloren haben. Und das läßt mich nicht kalt, es darf auch andere nicht kalt lassen. So viele so gute Schriftsteller haben wir nicht. Natürlich habe ich - mit Sorge - zur Kenntnis genommen, was ich als Außenstehender über die Entwicklungen der letzten Monate erfahren habe, deshalb möchte ich um keinen Preis eines Tages über Frau W. hören, was jetzt über Frau K. zu erfahren war. Vielleicht ist meine Besorgnis grundlos, und Sie werden mich belächeln oder sich belästigt fühlen. Und zudem, wenn wirklich ein Mensch vor einer schwerwiegenden Entscheidung steht ..., dann zählt zunächst Persönliches, die Familie, die Existenz, Dinge also, über zu urteilen anderen nicht zukommt. Diesen Vor-Rechten gegenüber will ich den (zweifelhaften?) Anspruch geltend machen, den die Leser an einen Schriftsteller stellen können: das Recht darauf, an etwas Verlässliches glauben zu können, auf die Hoffnung nicht verzichten zu müssen, die daraus erwächst, daß jemand sich selbst treu bleibt und dennoch seinen Platz behauptet.

Wir brauchen in der DDR nicht schlichtweg gute Schriftsteller. Am nötigsten haben wir diejenigen guten, die wirklich aufrichtig sind [...]. Solche, die sich nicht vorbeimogeln, wo die Wirklichkeit unbequem wird, die sich nicht kor-

rumpieren oder einschüchtern lassen und ihre Meinung nur dann sagen, wenn das einflußreichen Mehr- oder Minderheiten erwünscht ist...«

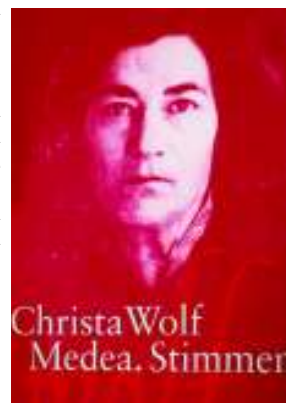
Akten. 1969 nahm ich gelegentlich Kontakt zu den Wolfs auf, ahnte dabei nicht, daß beide schon seit 1967 im Rahmen eines »OV« gründlich observiert wurden. Inzwischen war C.W. weit über die DDR hinaus zur Erfolgsautorin geworden (siehe Fakten). Die Schriftstellerin mit kritischem Blick und internationalen Verbindungen beunruhigte die »Sicherheit«. Die 1990 erschienene, 1979 geschriebene Erzählung »Was bleibt« stellte diese Erfahrungen dar. Das Buch, die bekannt gewordene kuzzeitige IM-Tätigkeit von C.W. und die Stasi-Akten der Wolfs lösten ein wüstes Kesseltreiben im westdeutschen Feuilleton gegen sie aus (»die Deutschen brauchen es so sehr, andere fertigzumachen ...es [geht] um moralische Vernichtung«; C.W. an Grass). Ihr Ansehen als integrale DDR-Literatin und der Aufruf »Für unser Land« vom (Herbst 1989 waren das Motiv für diesen »Ausbruch von Aggression«. Marcel Reich-Ranicki rezensierte im April 1994 Christa Wolfs Buch »Auf dem Weg nach Tabou«. Der Artikel (»Tante Christa, Mutter Wolfen«, Der Spiegel 14/1994) enthielt die zeittypischen Formulierungen:

»Es geht nicht darum, daß sie verblendet war, sondern daß sie es geblieben ist. Man dürfe nicht - schreibt sie im Jahre 1994! - die DDR nicht auf den Begriff »Unrechtsstaat« reduzieren oder sie gar dem »Reich des Bösen« zuordnen. Gewiß doch: »Unrechtsstaat« ist für die Tyrannei eine etwas beschönigende Bezeichnung, und man kann die DDR, die Millionen Menschen wie Häftlinge behandelt hat, nicht dem Reich des Bösen zuordnen, sie war es selbst. Aber Christa Wolf bleibt unbelehrbar ... Sie zögert nicht, sich selber - im Jahre 1993! - zu bescheinigen: »Kompromißlos geschrieben habe ich«. Nein, das stimmt nicht. ...Gewiß, eine zuverlässige Parteiautorin war Christa Wolf nicht, aber doch eine Staatsdienerin, die man mit Nationalpreisen auszeichnete ... sie wird gebraucht und wohl auch mißbraucht als Identifikationsfigur [für] verärgerte und enttäuschte Bürger der neuen Bundesländer, die Zukurzgekommenen und Benachteiligten...«

Leserbrief dazu an den »Spiegel« (Auszug): Breshnew wäre erbläut: die DDR als »Reich des Bösen« (Reich-Ranicki). Damit promoviert der Ex-Kommunist und Feuilleton-Fürst quasi zum Über-Reagan. Das Ganze wäre nur skurril, zeugte es nicht zugleich von der Unfähigkeit, die wirklichen Bezirke irrationaler Bedrohung zu orten. Es ist schon erstaunlich, daß R.-R. (»zu-

ständig für Literatur«) offenbar nichts von den Wirkungen der Literatur in der DDR versteht (von den heutigen Befindlichkeiten der Ostdeutschen übrigens auch nicht), wie sehr er Gründe und Formen ihrer Resonanz erkennt. Die Literaturinteressierten einer ganzen Generation sind mit und durch Christa Wolf und einige ihrer Kollegen mündig geworden. Ihre Stoffe, vom »Geteilten Himmel« bis »Kassandra«, waren Lebensprobleme der Hiesigen, und ihre Sicht machte stets solche Aspekte deutlich, die offiziell ausgeblendet wurden: Lebenstragik, Intoleranz, Gedankenlosigkeit, Heuchelei und Schönfärberei. »Verstrickt« war sie vielleicht (sie war ja im wirklichen Leben und nicht nur auf irgendwelchen Feuilletonseiten zu Haus), angepaßt sicher nicht. Dieses Verdienst - denn es ist eines! - kann ihr niemand nehmen, schon gar nicht einer der uns so vertrauten selbst ernannten »Zuständigen«.

Fakten zu C.W. (A = Zahl der DDR-Auflagen bis 1984/87) Erzählende Prosa: Der geteilte Himmel (1963/9A, 1964 Film von Konrad Wolf); Nachdenken über Christa T. (1968/8A); Kindheitsmuster (1976/11A); Unter den Linden (1975/7A); Kein Ort. Nirgends (1979); Kassandra. Vier Vorlesungen und eine Erz. (1983/4A); Störfall. Nachrichten eines Tages (1987); Was bleibt (Erz. 1990); Medea. Stimmen (1996); Stadt der Engel (2010)



Essays, Reden, Editionen: Lesen und Schreiben (1971/7A); Fortgesetzter Versuch (1979/4A); Karoline Günderode. Der Schatten eines Traumes (1979/5A); Die Dimension des Autors (1986); Reden im Herbst (1990); Brigitte Reimann u. Christa Wolf: Sei begrüßt und lebe. Eine Freundschaft in Briefen (1993)

Auszeichnungen: Kunstpreis Halle 1961; Heinrich-Mann-Pr. 1963; Nationalpr. DDR 1964; Fontane-Pr. Bez. Potsdam 1972; Writer in Residence, Oberlin College, Ohio 1974; Literaturpr. Bremen 1977; Büchner-Pr. 1980; Schiller-Pr. Baden-Württ. 1983; Österr. Staatspr. 1985; Nationalpr. DDR 1987; Geschw.-Scholl-Pr. München 1987; Gastprofessur ETH Zürich 1987.- Mitgliedschaften: Akad. Künste DDR 1974; Dt. Akad. Sprache u. Dichtung 1979; Akad. Künste Westberlin 1981; Akad. Künste Paris 1984; American Acad. Arts and Letters 1991.- Ehrenpromotionen: Ohio State Univ. 1983; Univ. Hamburg 1985; Univ. Hildesheim 1990; Univ. Turin 1997.

ROLF RICHTER

»Stadtumbaustategie« nur Makulatur

Städtebaulicher Randriegel ist ein selbst verschuldetes Problem

Mit dem Abriß der beiden Wohnblöcke in der Lehnitzseestraße Ende 2009 (Foto) beendete die Abrißbirne vorerst ihr Werk im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Das erste sogenannte »Stadtumbauprogramm« war ausgelaufen. Insgesamt fielen in Eberswalde diesem Programm zwischen 2002 und 2009 etwa 1.800 Wohnungen zum Opfer. Die meisten im Brandenburgischen Viertel. Aus dem sogenannten Aufwertungsteil flossen ca. 6,5 Millionen Euro in die Eberswalder Innenstadt und die Messingwerksiedlung in Finow. Bevor es mit der Vernichtung nicht mehr verwertbarer Wohnsubstanz weiter gehen kann, müssen nun zunächst neue Fördermittel akquiriert werden. Ein entsprechender Beschluß ging im Dezember durch die Stadtverordnetenversammlung.

Bereits im Dezember 2009 hatte die Stadtverwaltung ihre »Stadtumbaustategie 2020« beim zuständigen Landesministerium eingereicht, um sich für eine Aufnahme in das Programm »Stadtumbau Ost II« (STUB II) zu bewerben. Grundlegende Inhalte dieser »Stadtumbaustategie« waren der weitere Abriß von etwa 1.750 Wohnungen mit Schwerpunkt im Brandenburgischen Viertel und Finow Ost (Kopernikusring) sowie »Aufwertungsschwerpunkte« in der Innenstadt, Westend (Schöpfurter Straße/Luisenplatz) sowie Finow (Zentrum und Messingwerksiedlung).

Im Juni 2010 gab Bauminister Vogelsänger in Potsdam die Aufnahme von Eberswalde und weiteren 21 Brandenburger Städten in das STUB II offiziell bekannt. Im Februar 2011 folgte die grundsätzliche ministerielle Bestätigung der »Stadtumbaustategie Eberswalde 2020« mit einem Finanzvolumen von 9 bis 13 Millionen Euro, wovon 5,2 Millionen Euro für den »Rückbau« vorgesehen sind.

Zwischendurch gab es weitere Abstimmungen zwischen Stadtverwaltung und Ministerium vor allem zum Umgang mit den Wohnblöcken der Firma MAGNAT im 3. und 4. Bauabschnitt des Brandenburgischen Viertels. Nunmehr sollen nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen alle, sondern nur noch die Hälfte der dortigen 643 MAGNAT-Wohnungen dem Abriß preisgegeben werden.

Inwieweit in diesen Überlegungen die Eigentümerin MAGNAT einbezogen wurde, läßt die im Dezember den Eberswalder Stadtverordneten vorgelegte »Stadtumbaustategie« offen. Die Tatsachen sprechen dagegen. Denn just zum Jahreswechsel 2011/2012 hat die MAGNAT Real Estate AG ihr Wohnportfolio in der BRD an den drei Standorten Eberswalde, Saalfeld und Rostock mit insgesamt 1.500 Wohnungen (davon 1.000 in Eberswalde) und 85.000 Quadratmetern vermietbarer Fläche verkauft. Der Käufer bezahlt dafür eine einstellige Millionensumme zuzüglich Transaktionskosten und Übernahme der Verbindlichkeiten. Wohl kaum dafür, daß er gleich darauf einen Teil seines neu erworbenen Eigentums der Abrißbirne preisgibt. Zumal es MAGNAT in den letzten Jahren u.a. durch eine aggressive Preispolitik gelungen ist, die Auslastung von weniger als 70 auf fast 90 Prozent zu steigern. Der Wohnungsabriß wird als Mittel zur »Stabilisierung des Wohnungsmarktes« beschrieben. Bei einer Leerstandsquote von 10 Prozent gibt es dafür aber nur geringe Anreize, würde doch vor allem der »Wohnungsmarkt« der Konkur-



renten »stabilisiert« werden. Hinzu kommt, daß mit dem STUB II die bisherige Altschuldenentlastung und damit ein wichtiger »Rückbau«-Anreiz für die Wohnungsunternehmen entfällt.

Die eben beschlossene »Stadtumbaustategie Eberswalde 2020« ist also in wesentlichen Teilen Makulatur. Etwas verklausuliert steht das sogar in dem Dokument drin.

Von den für das Brandenburgische Viertel insgesamt für »Rückbaumaßnahmen« vorgesehenen 1.052 Wohnungen gehören 693 dem MAGNAT-Nachfolger. Der »Rückbau« sei daher »ungesichert«. Es werde »derzeit geprüft, ob Wohnungsbestände an anderen, nachhaltigeren Standorten in ihrer Aufwertung im Gegenzug zu einem Rückbau gefördert werden können«. Sogar »ein Erwerb und Abriß durch die Stadt ist in Einzelfällen denkbar«. Daneben wird vorgeschlagen, mittels »Stadtumbauprogramm« eine Gebäudeaufwertung, z.B. durch Aufzüge, im beschlossenen »Rückbaubereich« zwangsweise zu verhindern. Dennoch wird »auch bei einer konsequenten Umsetzung dieser Strategie bis 2016 ... nur mit wenigen Gebäudeabbrüchen des derzeit in Privateigentum befindlichen Gebäudebestandes gerechnet«. Viel mehr an Bankrotterklärung kann ein »Strategiedokument« kaum enthalten.

Das »Rückbaubereich«, in dem »ein vollständiger Rückzug der Wohnnutzung vorgesehen ist«, wurde von den Stadtverordneten übrigens bereits 2009 mit dem »Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept« (IPStEK) beschlossen. Von den 1.052 Wohnungen in diesem Gebiet gehören 643 dem MAGNAT-Nachfolger, dort

mit einer Leerstandsquote von knapp 15 Prozent. Weitere 54 Wohnungen, in einem von der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) vollsanierten Block, sind fast komplett vermietet. Lediglich 330 Wohnungen in dem »Rückbaubereich« sind unsaniert.

Das Rückbaukonzept des IPStEK geht indes davon aus, im Sinne einer kompakten Siedlungsstruktur bebaute Bereiche von außen nach innen zurückzubauen.

In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, daß es sich hier für die Stadt Eberswalde im wesentlichen um ein selbst verschuldetes Problem handelt. In den 90er Jahren zwang die Bundesregierung die ostdeutschen Wohnungsunternehmen dazu, im Gegenzug für eine Kappung der sogenannten »Altschulden« (Wohnungsbauförderung aus DDR-Zeiten) einen Teil ihres Wohnungsbestandes zu verkaufen. Die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) und ihr Geschäftsführer ließen sich damals dafür feiern, daß sie diese Zwangsprivatisierung in einem Zug über die Bühne brachten. Die gut 1.000 samt Mieter verkauften Wohnungen befanden sich vorwiegend am Rand des Brandenburgischen Viertels. Inzwischen sind viele der dahinter liegenden Wohnblöcke der WHG und der WBG abgerissen worden. Die privatisierten Blöcke stellen nun eine Art städtebaulichen »Randriegel« dar.

Eines dürfte klar sein: Mit der linearen Fortsetzung der bisherigen Abrißstrategie läßt sich dieses Problem gewiß nicht lösen.

GERD MARKMANN

Panoptikum der liberalen Elite

Tritt der Vorsitzende der Partei ans Rednerpult, was er gern und überall tut, kommt man vom Verdacht nicht los, irgendein Kabarettist, vielleicht Kerkeling oder Richling, liefere gerade eine perfekte Dr.-Philipp-Rösler-Parodie. In der Mehrheit der Fälle ist aber das, was da, krampfhaft um Originalität bemüht, ins Mikro plappert, der große Meister selbst.

Seine Reden erinnern im Stil und in der Vortragsweise fatal an jene, welche DDR-Jungpioniere vor SED-Parteitagsteilnehmern aufsagen mußten. Abgesehen mal davon, daß der FDP-Chef auch habituell einem Jugendweihling ähnelt, dem man »Weltall-Erde-Mensch« in die Hand drücken möchte.

Ganz anders Christian Lindner, der Generalsekretär der FDP, der über ein flotteres Mundwerk verfügt und vorzugsweise aus Talk-Shows bekannt ist, in denen er durch die Verkündung allerleckerster und durchweg monströser Thesen (»Nur wer die Banken rettet, rettet den Euro und damit Europa...«) auffällt. Er fungiert quasi als Stuntman für seinen Boß, der sich immer seltener in die Quasselsrunden traut. War es doch vorgekommen, daß der ob seiner verqueren Spontanäußerungen mehr Mitleid als Beifall erfahren mußte. Christian Lindner gibt gern den Haudrauf und teilt kräftig aus, vorzugsweise dann, wenn, wenn – weit und breit kein Gregor Gysi zu sehen ist. Denn der rote Satan hat ihn immer mal wieder ausgehen lassen wie ein Kirchenlicht. Im Gebrauchtwagenhandel hätte Lindner keine Chance – oder würden Sie...?

Mit Birgit Homburger, Cornelia Pieper und Silvana Koch-Bindestrich-Mehrin gehören drei Damen zum Promi-Kader der Splitterpartei. Handfeste Gründe für die erneute Wahl der Birgit Homburger, die nach ihrer unbedarften Behäbigkeit glatt als Röslers Oma durchgehen könnte, zur Vizechefin sind nicht bekannt geworden. Möglich, daß der Länderproporz eine Rolle spielte, denkbar aber auch, daß eine geheime Gluckenquote zu berücksichtigen war.

Cornelia Pieper haben krankhafter Ehrgeiz und eine bodenlose Selbstüberhöhung gleich nach der Wende nach oben gespült, wobei ihr

die Hallenser Herkunft geholfen haben dürfte – war es doch die Saalestadt, wo Übervater Genscher seine jungen Jahre in Knechtschaft verbrachte. Daß die wieselige Pieperin über die Fähigkeit verfügt, pausenlos Statements zu allen Weltfragen abzulassen, ohne dabei etwas zu sagen, und hierin an die seinerzeitige Volkskammervorsitzende Bergmann-Pohl (bzw. -Hohl) erinnert, öffnete ihr Tür und Tor für hohe Ämter. Schließlich hat das seit dem Ableben von Theodor Heuß in der FDP Tradition.

Nun trägt Frau Pieper (noch) den Titel einer Staatsministerin im AA und viele, viele tausend Monateuro nach Hause. Und durch unqualifizierte Äußerungen, etwa in Gesprächen mit afrikanischen Diplomaten, dazu bei, daß sich nicht nur die Gesichtszüge ihrer Gäste, sondern auch die Aussichten auf wirksame Kooperation verfinstern. Ehedem beliebtes Politmodel der Bildzeitung, zunächst als alleraller schönste, später als allerfaulste Bundestagsabgeordnete zu Ruhm gekommen, hat Silvana Koch-Mehrin bewiesen, daß parteigebildete Keßheit, blondes Haar und spitze Ellenbogen ausreichen, zu einer Ikone ihrer Partei zu werden. Daß sie ähnlich lange zögerte wie weiland der Freibeuter zu Guttenberg, um zuzugeben, ihre Doktorarbeit zusammengeklaut zu haben, quitierten die Leute im Lande mit bissigem Gelächter. Seitens ihrer Gönner indes gab es nur ein paar sanft-zarte Rüffelchen. Mehr konnten nur gutgläubige Dummköpfe von einer Gilde erwarten, die sich einen vorbestraften Grafen mal als ihren Ehrenvorsitzenden ausgeguckt hatte.

Über Guido Westerwelle (»Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, ist einer, der die Dinge regelt.«, 2001) zu rasonieren, verbietet Pietät und die Unlust etwas über eine tragikomische Figur zu sagen, die seit Jahren als Pointenbeschaffer für alle Kleinkunsth Bühnen zwischen Kap Arkona und Zugspitze einen festen Job hat. Wenn man, wider den Strom der öffentlichen Meinung, doch was Positives über ihn sagen kann, dann dies: Er hat es maßgeblich mit verursacht, daß seine Partei einen festen Platz in der Wählergunst gefunden hat. Gleichauf mit den Bibeltreuen Christen und nur wenig weg von den Genossen der radikalen Trotzlisten. Aus den 18 Prozent – man erinnere sich an Westerwelles bemalte Schuhsohle –, die es sein sollten, sind ein knappes Zehntel derselben geworden. Daran hat er zäh gearbeitet.

Kommen wir zum Finale unserer Personaldebatte und somit zur Krönung der Auslese. Gelegentlich nüchtern, voller Sendungsbewußtsein, immer gut für eine Stilblüte und rundum Frohnatur steht (bzw. schwankt) Rainer Brüderle der Bundestagsfraktion der Liberalen vor. Er reißt sich geradezu um Interviews, die ihm

die Medien wegen des Komikfaktors auch gern gewähren.

Jüngstes Beispiel ist ein Gespräch, das der Deutschlandfunk mit ihm führte. Anlaß war Brüderles Auftritt als einer der »Promis«, die beim nationalen »Vorlesestag« vor meist sehr jungen, weil wehrlosen Kindern ihre Lieblingsbücher vorstellten. Uns Rainer las, was zunächst verblüffte, nicht aus »Münchhausen«, blieb aber in dessen literarischer Nachbarschaft – er hatte sich das Hauptwerk des Radebeuler Lügenbolds Karl May, den »Winnetou«, vorgenommen. Weil er, sagte er, eine große Sympathie für den Häuptling der Apachen empfinde. Nachdem er sich als dessen Blutsbrüderle geoutet hatte (»... lassen Sie mich diesen Gedanken (!) weiterführen...«), schlug er einen gewaltigen kausalen Bogen mitten aus dem Wilden Westen heraus hinüber zur FDP. Denn, sagte Old Rainer, der weise weiße Mann, es sei zuvörderst der Gerechtigkeitsinn des Indianers, der ihm imponiere, und fuhr dann fort: »Auch mein Herz war immer bei den Kleineren, deshalb bin ich auch in der FDP, und bei den Unterdrückten, deshalb bin ich auch für Minderheitenrechte.« Wir hatten schon immer so etwas geahnt. Spätestens, als seine Partei der unterdrückten Minderheit der Großhotelbetreiber einige hundert Millionen zuschanzte, wußten wir Bescheid. Und auch die Selbstbezeichnung, »Partei der Besserverdienenden« zu sein, was im Klartext nichts anderes heißt als Partei des Kapitals, paßt nahtlos, wenn auch im Kehrwert, zu den Ausgeübungen der liberalen Spitzenkraft. Die Lohnabhängigen im gelobten Lande, die Hartzler, die Eineurojobber und Leiharbeiter, die unter Tarif tätigen Friseurinnen, Wachmänner und Verkäuferinnen, die Wohnungslosen, Asylanten, Mindestrentner und die, die an den »Tafeln« – welch zynisches Wort für Armenspeisung – Schlange stehen, sind, summa summarum, für den Unterdrücktenfreund Brüderle offenbar Mehrheiten, denen er ums Verrecken nicht dienen will.

Dann setzt er sich doch lieber für »echte« Minderheiten ein. Demnächst vielleicht für die der Leuchtwärter, die mit einem Anteil von 0,00001 Promille an der Gesamtpopulation der Deutschen seiner Zuwendung harren.

Okay, zum altersbedingten Schwund an gedanklicher Klarheit mag hinzugekommen sein, daß R.B., froh, die Lesestunde hinter sich zu haben, ein paar tropfen Feuerwasser eingesogen hatte, bevor er sich den Radioleuten aufdrängte. Für die verknappte Erläuterung seiner Überzeugung muß man ihm dennoch dankbar sein. Eine Skalpierung muß er ja nicht fürchten. Winnetou ist tot und hätte auch so seine Probleme mit Old Rainers Halbglatze.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Der Wurstbaum im Walde

Vor vielen, vielen Jahren gab es in einem Wald im Oberbarnim einen Förster. Dieser war recht gut beleibt was seiner Frau gar arg mißfiel. Sie versuchte ihren Mann auf Diät zu setzen. Der Förster jedoch war ein Mann, der gutes Essen wohl zu schätzen wußte. Und so ließ er an verschiedenen Stellen im Wald von seinen Jägern Würste und andere Leckereien verstecken. Und so kam er nach einer ausgiebigen Runde immer sehr satt und gutgelaunt aus seinem Revier.

Die Frau kam ihm bald auf die Schliche. Kaum hatte sie jedoch ein Versteck gefunden, so hatte er bereits ein neues angelegt. Ein Versteck hat die Zeit jedoch bis zum heutigen Tag überdauert. Der Wurstbaum, an welchem noch immer eine Dauerwurst hängt.

© BERND MÜLLER, Bad Freienwalde, 2003

Runder Tisch zur Wegesanierung

Eberswalde (bbp). Zu einem »Runden Tisch« zur Sanierung der Eberswalder Geh- und Radwege lädt die städtische Baudezernentin Anne Fellner am 19. Januar, 14 Uhr, in den städtischen Konferenzraum in der Rathauspassage ein. Mit dem Haushaltsplan 2012 haben die Stadtverordneten am 15. Dezember 2011 auch die Verwendung von rund 250.000 Euro für Geh- und Radwegsanierungen beschlossen. Am »Runden Tisch« soll über eine entsprechende Prioritätenliste gesprochen werden. Dabei müsse beachtet werden, so die Baudezernentin, daß die Mittel ausschließlich für Unterhaltungsmaßnahmen eingesetzt werden dürfen, nicht für den Neubau von Geh- und Radwegen. Es können z.B. Borde abgesenkt und vorhandene Gehwegplatten oder Betonsteine ausgetauscht werden. Die darunterliegende Kies- und Tragschichten hingegen dürfen nicht mit erneuert werden. Ebenso fallen unbefestigte Geh- und Radwege nicht unter diese Maßnahmen. Bei Neubauten oder grundhaften Erneuerungen

handelt es sich um Investitionen, die nach dem Kommunalabgabengesetz anteilig durch die Anlieger und die Kommune finanziert werden müssen.

Die geplanten Mittel reichen aber ohnehin nicht für alle nötigen Maßnahmen. Aufgrund des hohen Sanierungsbedarfes im Stadtgebiet muß daher eine Prioritätenliste aufgestellt werden. Für die Sanierung eines Quadratmeters Geh- oder Radwegfläche werden etwa 50 Euro benötigt, eine Bordabsenkung kostet etwa 1.000 bis 2.000 Euro. Als Kriterien zur Festlegung der Prioritäten schlägt Anne Fellner vor, den vorhandenen Zustand, die Wichtigkeit der Straße (Aufenthaltsfunktion, Geschäfte, Spielen), anliegende Einrichtungen und Nutzungen (Kita, Schulen, Altersheime, Geschäfte, Versorgung etc.), das Verkehrsaufkommen (Auto-, Fuß- und Radverkehr) sowie die Bedeutung innerhalb des Fuß- und Radwegenetzes und die Anbindungen zu den ÖPNV-Haltestellen zu berücksichtigen.

Wauwau

Die mopsige Generalsekretärin der SPD, die Genossin Nahles, hat unlängst am Parteitag der britischen Labourpartei teilgenommen, von dem sie, um eine gewichtige Anregung reicher, ins Willy-Brandt-Hause zurückkehrte. Es war nicht etwa irgendein Redebeitrag, dem sie was Lernbares für die eigene Partei entnommen hätte – was sie staunen machte, war, daß die Labours die Wände der Tagungshalle, das Rednerpult und die Frontseite des Präsidiumstisches mit lila Dekostoff bespannt hatten. Im »Stern« vom 8. Dezember ist ihre Reaktion dokumentiert: »Da dachte – d a c h t e (!) – sie: Wow...«

Nun mag jede Generalsekretärin denken, was sie kann und will, aber wenn sich Hirnleistung in Kurzgebell äußert, muß Skepsis erlaubt sein. Auf- und angeregt durch den mächtig gewaltigen Eindruck, den die kräftigen Fliederfarben auf sie gemacht hatten, verordnete das farbengetrunkenen Mitglied des Führungszirkels ihrer Partei dem Dezemberparteitag das gleiche Outfit. Da hockten sie nun, die Präsidialen, von Gabriel bis Thorsten Schäfer-Gümbel, vor einem Hintergrund, der beim letzten Parteitag noch rot gewesen war. Und Steinbrücks Rede zur Schonung des Kapitals ergoß sich vom Pult in Pink über die mitmachentschlossenen Genossen, die nun – so der Tenor – drauf und dran sein werden, Deutschland zu reformieren. Wieder mal und schon wieder.

Wenn eine frustrierte Ehefrau ihren unwilligen oder unfähigen Gatten nach der Erprobung aller möglichen anderen Verführungsvarianten wenigstens zu einem letzten Gefecht herausfordern wollte, so heißt die Redensart, schmiß sie sich in lila Reizwäsche. Die alte Tante SPD sieht darin nur peinlich aus.

Dr. STEFFEN PELTSCH

17.205 Gäste seit 2002

Bad Freienwalde (nfoo). Die jährliche Weihnachtsfeier der NaturFreunde mutete fast wie ein Tourismus-Stammtisch an. Viele Wanderleiter, Reiseführer und touristische Anbieter waren erschienen und ließen sich durch das bunte Kulturprogramm des Vereins Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. führen. Der Vereinsvorsitzende Bernd Müller übergab gleich zu Beginn jedem Gast einen deutsch-polnischen Reiseführer, um noch mehr die touristischen Aktivitäten jenseits der Oder zu fördern. Er erläuterte die statistischen Zahlen des Vereins. Nach dem Tiefpunkt im Jahr 2009 mit nur 1.414 Teilnehmern stiegen die Zahlen wieder an. 2010 waren es bereits wieder 1.715 Gäste. Auch für 2011 steht eine positive Bilanz an. Bis zur Weihnachtsfeier konnten 1.759 Gäste gezählt werden, obwohl noch fünf Veranstaltungen bis Jahresende ausstanden.

Insgesamt begrüßte der Verein seit Mai 2002 bei 765 Veranstaltungen 17.205 Gäste. Das mache schon ein wenig stolz. »Wir freuen uns schon auf 2012. Im Mai feiern wir immerhin unser 10 jähriges Jubiläum« so Bernd Müller.

Danach gab es von Bernd Schmidt und Bernd Müller Gedichte und Sagen zu hören, während Antje Mombour die Anwesenden mit weihnachtlichen Weisen auf Ihrer Querflöte verzauberte. Nach dem Genuß des selbstgebackenen Kuchens sorgte Klaus Schluchter für Stimmung, indem er Gitarre und Mundharmonika zückte und bekannte volkstümliche Weisen spielte. Nach einer Weile spielte Antje Mombour mit. Erstaunlich, wie gut Querflöte, Gitarre und Mundharmonika harmonierten. Die Anwesenden waren jedenfalls so begeistert, daß Bernd Müller und Klaus Schluchter in diesem Jahr einen Heimatabend planen werden, bei dem volkstümliche Musik erklingt.

Die Moosmann-Sage

Die Moosmann-Sage beginnt mit einem jungen Burschen aus dem Oberbarnim, welcher sehr arm war und sich in die Tochter des Nachbarn verliebt hatte. Da die wenigen Groschen als Holzfäller aber nicht für die Gründung einer eigenen Familie reichten, ging der einst lustige Mann immer öfter in den Wald, um sich abzulenken.

Als er eines Tages sehr spät auf dem Weg nach Hause war, sprang plötzlich eine winzige Gestalt vor ihm auf den Weg und bat ihn, sehr schnell drei Kreuze (die drei Kreuze stehen für: »Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes«) in den nächsten Baumstamm zu schlagen, weil der Wilde Jäger mit seinem Gefolge komme, um sie töten.

Der junge Mann folgte sogleich der Bitte und kaum war er fertig, da brauste auch schon die ganze Meute herbei, jedoch die Kreuze schützten die beiden und der Jäger konnte ihnen nichts anhaben.

Die kleine Gestalt bedankte sich, noch immer zitternd bei dem jungen Burschen, schenkte ihm zum Dank einen Zweig und verschwand unter einer Wurzel. Erst jetzt begriff der Holzfäller, daß er ein Moosweibchen vor dem Jäger gerettet hatte.



Da er nicht so recht wußte, was er mit dem kleinen Zweig anfangen soll, steckte er ihn, ein Liedchen pfeifend an seinen Hut. Als er zu Hause angekommen war und seinen Hut abnahm, staunte er nicht schlecht, denn der Zweig hatte sich in reines Gold verwandelt.

Jetzt war sein Glück perfekt, den er konnte ein kleines Häuschen bauen und sein Mädchen heiraten.

Als alter Mann noch erzählte er seinen Enkeln und Urenkeln die Geschichte von den Moosleuten im Wald und wie er für seine Hilfe einen Zweig geschenkt bekam, der sich in Gold verwandelte.

Aus der Sagensammlung von Bernd Müller

Angelehnt an »Volksbrauch, Aberglauben, Sagen und andere alte Überlieferungen« von Dr. Johann August Ernst Köhler 1867

Friedrich Engels und die Dialektik (Teil 3):

Die Dialektik und die Linken

von Dr. Rainer Thiel

Die ersten beiden Teile zum Thema »Dialektik« waren dem ANFASSEN gewidmet. Die Freunde des Anfassens neigen dazu, die Welt zu sehen als Ansammlung von DINGEN, die unveränderlich sind wie Ziegelsteine und obendrein scharfe Kanten haben. Den Freunden des Anfassens fällt es schwer, sich selber und andren Menschen ENTWICKLUNG zuzugestehen.

Lieber stoßen sie einen Mitmenschen ab, auch wenn er nur ein bißchen anders als man selber ist. Früher nannte man das »Sektierertum«. Das findet man häufig bei Linken, auch wenn sie selber nicht anpacken wollen. Doch auch Freunde des Anpackens haben da ihre Schwierigkeiten. Ich ziehe den Hut vor ihnen. Ich bin aber traurig, weil sie kaum über den Tellerrand blicken und nicht bedenken, daß ihre Großeltern zwei mörderische Kriege und die Hitlerherrschaft erduldeten. Denn wer von den Anpackenden nimmt die **Netze** der Spuren wahr, die von Weltkriegen und Hitlerherrschaft hinterlassen wurden? Wer hatte Lehrer, die ihm auf die Spuren halfen?

Deshalb trete ich als Akademiker den Anfassenden an die Seite. Ihre Eltern haben mir ein langes Studium in der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht. Sie waren meine Sponsoren. Also war ich auch Montags-Demonstrant von Anfang an. Darin bin ich beständig. Leider bin ich weit und breit der einzige Akademiker. Mühsam lerne ich, wie ich reden muß, damit Anpackende lernen, über den gelebten Augenblick hinaus zu blicken und mögliche Mitstreiter zu erkennen. Die Anfassenden brauchen Helfer, um sich über Tag und Dorf hinaus an der Geschichte zu orientieren. Mit Parlamenten ist das nicht machbar.

Fundamentalismus, Logik und Dialektik

Doch auch *Begriffe*, mit denen die Anfassenden zu tun haben, wenn sie miteinander reden, verwenden sie wie Ziegelsteine unveränderlich und mit scharfen Kanten. Manche Akademiker sind darin nicht besser: »Kapitalismus« ist für sie ein Ziegelstein, »Sozialismus« ein anderer Ziegelstein. Den einen Stein möchten sie zertrümmern sehen, den anderen an dessen Stelle gesetzt. Da kommen gleich zwei Witze hintereinander:

Wer so denkt, für den müßte die *Logik* heilig sein: a) Jedes Ding und jeder Begriff ist sich selbst gleich. b) Jedes Ding und jeder Begriff kann nicht zugleich *nicht* sein. c) Ein Ding oder ein Begriff ist entweder es/er selbst oder ist es nicht, ein Drittes gibt es nicht. Also muß in einem Schriftsatz – auch in einer eMail – die Verwendung von Begriffen der *Logik* genügen.

Der erste Witz ist: Ein Texte-Macher verwendet Worte, »*doch ein Begriff muß bei dem Worte sein!*« (Goethe) Texte-Macher und Leser glauben nun: ein Wort – ein Begriff. Doch was ein und derselbe Begriff zu sein scheint, ändert sich unbemerkt von einem Text-Absatz zum

nächsten. Das darf nach der Logik nicht sein, sonst stört man die menschliche Kommunikation. Zum Beispiel gibt es neun Begriffe zum Wort »Quantität« und dreizehn Begriffe zum Wort »Qualität«. Wenn ein Texte-Macher zum Beispiel das Wort »Quantität« oder das Wort »Qualität« in einem längeren Text verwendet und glaubt, das Wort bezeichne fortlaufend ein und denselben Begriff, bemerkt er nicht, daß er die Wortbedeutung verändert und gegen die Logik verstößt, also gegen Gesetze des menschlichen Zusammenlebens.

Aber *Logik* ist die Denkweise nach Art des Handlings mit Ziegelsteinen und Betonplatten. *Logik* ist unverzichtbar, doch sie hat Grenzen.



Harald Kretzschmar: Der Guru

Deshalb nun der zweite Witz: Über die Logik hinaus wird es *dialektisch*, der Natur gemäß, die Gräser und Bäume hervorbringt, Wälder, Flüsse, Menschenkinder, Geburt und Tod. Auf kurze Sicht scheint vieles unveränderlich, auf lange Sicht wird erkennbar: Es entwickelt sich. Aus Lebewesen, die von Baum zu Baum sprangen, entwickelte sich die Menschen-Gattung. Menschliche Populationen spalteten sich nach der Art subjektiver Tätigkeit: Die einen blieben Ackerbauern oder Vieh-Hirten. Andere wurden Medizin-Männer und Gurus oder Stammes-Älteste. Schließlich waren die Völker in Knechte und Herren gespalten und obendrein in körperlich und geistig Tätige.

Und nun kommt Friedrich Engels, der Bürgersohn, welcher zum Proletariat übergelaufen ist, und macht uns Lust auf Dialektik. Das ist nun kein Witz mehr. Übergelaufen war auch

Bert Brecht, gleichen Sinnes mit Marx und Engels:

»Am Grunde der Moldau wandern die Steine, es liegen drei Kaiser begraben in Prag. Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden, dann naht schon der Tag.« Ja, ein Gleichnis! Es kann auch hundert Jahre dauern. Doch wir selber können sein wie Gras und Baum und Wald, mitsamt unsren Köpfen. Was jetzt nur *möglich* ist, kann **wirklich** werden, wenn wir selber nicht stur bleiben wie Ziegelsteine und Betonplatten. Immer nur sagen, was nicht geht, ist Ziegelstein-Denken. Wenn wir eine neue Gesellschaft wollen, müssen wir Chancen aufdecken. Von selber kommt kein Sozialismus.

Und wir selber könnten uns entwickeln! Wer heute glaubt, er könnte seinen Arbeitsplatz sichern, indem er heftiger robotet und Überstunden in Kauf nimmt, sägt seinen eignen Ast ab, denn auch die Technik entwickelt sich und macht Arbeitskräfte überflüssig: Die Maschinerie, »das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit«, schlägt um »in das unfehlbare Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln; so kommt es, daß die Überarbeitung der einen die Voraussetzung wird für die Beschäftigungslosigkeit der anderen und ... die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt und sich damit den eignen innern Markt untergräbt.« (Friedrich Engels in MEW Band 20 Seite 256, auch Seite 274). Deshalb muß zumindest erst mal die wöchentliche Arbeitszeit herabgesetzt werden: Möglich ist längst das Maß »30 Stunden«, dann 25, 15 Stunden und so weiter.

Von Mitte des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts hatten die Werktätigen das Maß der Arbeitszeit schon kräftig entwickelt: Von 70 auf 35 Stunden. Nun muß die abgebrochne Entwicklung erneut erstritten werden. Ihr sagt, das ginge nicht. Doch Ihr könntet Euch trainieren, wie sich Fußball-Mannschaften trainieren: Jeder mit seinem Kopf und die Mannschaft mit ihrem Geist. Fürs Elfmeter-Schießen mag Logik genügen, doch für *Entfaltung des Spiels* genügt Logik nicht. Da muß man dialektisch denken. Geniale Trainer fühlen so. Und wenn Ihr lernt, über den Tellerrand hinaus zu denken, dann stoßt Ihr auch die Türe auf zu noch viel Besserem.

Das Programm der Linkspartei kann ich akzeptieren, weil ich mir meinen Teil selber denke. Doch eine prägnante Strategie ist uns die Linkspartei immer noch schuldig.

Spende an Tadschikistan übergeben

Ein symbolisches Paket überreichte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) am 13. Dezember in Berlin dem tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon. Das Paket steht für in zwölf Kisten verpackte Spenden für die Geburtsklinik in Duschanbe - Babysachen und -spielzeug vor allem -, die Rahmon bei seinem Rückflug nach Tadschikistan mitnimmt. Der Präsident hatte sich im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland am Dienstag mit der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe des Bundestages getroffen, deren Vorsitzende Dagmar Enkelmann ist.

Bei einer offiziellen Reise der Parlamentariergruppe im Sommer nach Tadschikistan war auch die Idee zur Spendenaktion entstanden (BBP 11/2011). Die Abgeordnete hatte die Geburtsklinik in der Hauptstadt des Landes besucht und die schwierigen Bedingungen dort kennen gelernt.

Präsident Rahmon dankte Dagmar Enkelmann für die Spende und betonte, dies sei eine wichtige Hilfe für sein Land. Dagmar Enkelmann wendet sich ihrerseits mit einem Danke-



schön an alle Spenderinnen und Spender, die sich an der Aktion beteiligten. Die Gaben kamen nicht nur aus dem Ostbrandenburger Wahlkreis der Bundestagsabgeordneten – auch in Kloster Lehnin hatte man von der Aktion gehört und schickte ein Päckchen.

BÄRBEL MIERAU

»Terroropfer« sind am Leben

Vor und im Krieg gilt, die Wahrheit stirbt zuerst. Diese alte Weisheit bestätigt sich immer wieder. Kriege werden mit Lügen vorbereitet. Nachdem im vergangenen Jahr die zu Hauptfeinden der USA erklärten Osama bin Laden und Muammar al Ghaddafi gelyncht und das Land des Letzteren in die »freie Weltgemeinschaft« zurückgebombt wurde, stehen aktuell Syrien und Iran ganz oben auf der Liste des »Krieges gegen den Terror«.

Gegen beide Staaten entfaltet sich derzeit eine kaum noch zu übertreffende Propagandakampagne. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, daß die »Mächte des Guten« den letzten Bastionen des Teufels den Garaus machen.

Während der Iran noch mittels verschärfter Embargopolitik sturmreif geschossen werden soll, ist in Syrien schon eine am Vorbild Libyens geformte innere bewaffnete Opposition am Werk. Schon verlautet der Ruf nach einer »Flugverbotszone« – obgleich von Aktivitäten der syrischen Luftwaffe gegen Demonstranten oder Aufständische noch nichts zu hören war.

In Jugoslawien war es ein innerer Bürgerkrieg, welcher der NATO Gelegenheit zur Einmischung gab. Für den Afghanistan-Krieg dienten, immerhin reale, Flugzeuge in den Twin-Towers von New York als Vorwand. Dem Krieg gegen Irak dienten erfundene »Massenvernichtungsmittel« als Grund. In Libyen war schon kein Anlaß mehr nötig. Nur wenig verbrämtes Kriegsziel war, den mißliebigen Ghadafi zu stürzen, ihn zu töten.

Auch Syrien gilt niemandem als Bedrohung. Ziel ist der Sturz des Machthabers. Die Propagandamaschinerie läuft auf Hochtouren.

Doch gibt es auch Veröffentlichungen, welche die Behauptungen, dort seien bereits 5.000 Menschen dem Terror des Assad-Regimes zum Opfer gefallen, Lügen strafen.

»Durch eine Nachprüfung konnte nun gezeigt werden, daß die Behauptungen schlicht zusammengeklügelt sind«, heißt es in einem Beitrag, der seit Anfang Januar in verschiedenen Internet-Blogs zu lesen ist (z.B. <http://nocheinpartei-buch.wordpress.com/2012/01/03/massive-anti-syrische-propaganda-lüge-entlarvt/>). »Die anti-syrische Propaganda hat einfach massenhaft Namen aus Telefonbüchern abgeschrieben und die Menschen für tot erklärt sowie sich die Namen natürlich gestorbener Menschen aus Todesanzeigen, Krankenhäusern und Friedhöfen besorgt, und diese bar jeder Grundlage zu Opfern staatlicher Gewalt umdeklariert... Von den angeblich 5.000 Toten konnten mehr als 800 nun als lebendig identifiziert werden und bei über 1.200 der 5.000 angeblichen Opfer konnte recherchiert werden, daß sie eines natürlichen Todes starben, der in keinerlei Beziehung zu den Auseinandersetzungen stand... Täglich gab es seit März im Durchschnitt sechs vorgebliche Tote, von denen heute bekannt ist, daß sie nichts anderes waren als routinemäßig erledigte Greuelgeschichten zur Diskreditierung der syrischen Regierung.«

Belegt werden diese Aussagen mit einem arabischsprachigen Videofilm mit englischen Untertiteln, in denen Dutzende von Fernsehsendern wie Al Jazeera und Al Arabiya als ermordet gemeldete Personen zu Wort kommen.

G.M.

Siehe auch: <http://einarschlereth.blogspot.com/2012/01/massive-anti-syrische-propaganda-lüge.html> o. www.barthengelbart.de/?p=1172

Barnimer Kulturpreis

Der Verein Ponderosa e.V., Veranstalter des »Ponderosa TanzLandFestivals« auf dem Gut Stolzenhagen, wurde von der Jury als Preisträger des diesjährigen Barnimer Kulturpreises ausgewählt. Der Preis, gestiftet von Bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten, ist wiederum mit 750 Euro dotiert. Die Juryentscheidung fiel einstimmig aus, obwohl auch in diesem Jahr mehrere qualitativ hochwertige Bewerbungen und Vorschläge zur Auswahl standen.

Bereits seit 10 Jahren veranstaltet Ponderosa e.V. jährlich das TanzLandFestival in Stolzenhagen. Es hat sich inzwischen zu einem bedeutenden Festival für Tanz-Performance und Improvisation entwickelt und den Ort weit über die Barnimer Grenzen hinaus bekannt gemacht. So kommen neben Tanzbegeisterten aus der Region und Berlin inzwischen viele internationale Gäste, im letzten Jahr u.a. aus Kanada, den USA, Brasilien oder Südkorea. Die Festivals erstrecken sich jeweils über mehrere Wochen, in denen verschiedene Kurse angeboten werden, Tänzer und Choreographen für Auftritte üben, Konzerte und ein reger Austausch untereinander stattfinden. Inspiriert werden die Teilnehmer dabei von der idyllischen Lage des Gutes in der Natur. Im nächsten Jahr, zum 12. Festival, erwarten die Veranstalter rund 1000 Besucher.

Neben dem Tanzfestival organisiert der Verein Ponderosa eine Vielzahl verschiedener Tanzprojekte, Kurse und Workshops mit soziokulturellem Hintergrund, darunter Angebote für Kinder und für Menschen mit Behinderungen. In einem Workshop »Made in Lunow-Stolzenhagen« beschäftigen sich Alteingesessene und Zugezogene beispielsweise mit der Geschichte des Dorfes und des Schaffens in der Region und versuchen, dies tänzerisch umzusetzen. Kinder und Jugendliche üben sich unter erfahrener Anleitung im Hip-Hop. In der »Wissensschmiede«, einer Art Volksschule, werden traditionelle Arbeitstechniken weiter vermittelt und Zukunftsfragen der Region diskutiert.

ELKE ROSCH und KARL-DIETRICH LAFFIN

ver.di Literaturpreis 2011

Der mit 5.000 Euro dotierte ver.di Literaturpreis Berlin-Brandenburg für das Jahr 2011, der für das Genre Lyrik ausgeschrieben wurde, geht an die Berliner Autorin Saskia Fischer für ihren Lyrikband »Scharmützelwetter«. Der Jury gehörten die Brandenburger Autorin Ingeborg Arlt, der Berliner Autor Michael Wildenhain sowie die Leiterin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Susanne Stumpfenhusen, an. »Scharmützelwetter« erschien 2008 im Suhrkamp Verlag. »In ihren Gedichten verbinden sich Wirklichkeitsnähe und sprachkünstlerisches Können zu seltener Qualität« so die Meinung der Jury. Saskia Fischer wurde 1971 in Schlema/Erzgebirge geboren und lebt seit 2006 in Berlin.

ANKE JONAS

Die Gloria des Kriegerstaats war der Bluff

»Im Juli 1914 berührte deutsche Reichspolitik Hohenfinow«, heißt es in der 2007 veröffentlichten Chronik des Ortes.* Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg machte seit dem 4. Juli Urlaub auf seinem Schloß in Hohenfinow. Während die Welt nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni am Vorabend eines Weltkrieges stand, bot Deutschland »nach außen ein friedliches Bild«. Doch insgeheim entfaltete sich eine hektische Betriebsamkeit. Mit den Vorgängen, die zum Krieg führten, und der Rolle, die u.a. Bethmann Hollweg dabei spielte, befaßt sich der Hamburger Historiker Dr. Bernd F. Schulte. Seine Forschungen aus den 80er Jahren erschienen vor zwei Jahren unter dem Titel »Deutsche Policy of Pretention – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914« in 2. Auflage (BBP 11/2010). Der Autor Bernd F. Schulte hat der »Barnimer Bürgerpost« nun einen Text zum aktuellen Stand seiner Forschungen hinsichtlich des Kriegsausbruchs 1914 überlassen, den wir in dieser und den folgenden Ausgaben abdrucken.

»Deutsche Policy of Pretention« oder der »Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914« kreist um den Begriff »Pretention« und geht zurück auf lateinisch »praetendo« – englisch »pretend« – französisch »prétendre« – gebräuchlich: »Pretension« – und archaisch »Pretention«. – »Pretention« hieß 1914 »Bluff«. Es handelte sich um ein Modewort der damaligen Diplomatie. Schließlich wurde der Fehlschlag der europäischen Regierungen in der Julikrise des Jahres 1914 mit der Formulierung entschuldigt, man habe sich eben »festgeblufft«. Das Spielerische des Vorgangs wurde leichtfertig überbetont.

Hier geht es allerdings um mehr. So wie die wissenschaftliche Interpretation der Ereignisse bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, im Verlaufe der neueren Diskussion seit 1961, eine eher unglückliche Fixierung auf den Juli/August feststellt, so geht es inzwischen in der allgemeinen Forschung darum, die europäische Welt zwischen 1905 und 1914 hinsichtlich deren wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und kulturgeschichtlichen Wurzeln zu untersuchen.

In diesem Zusammenhang wird inzwischen von einer deutschen »brinkmanship«-Politik gesprochen. Das heißt: die Berliner Politik habe ein zunehmend bedeutenderes Risiko übernommen. Ich sehe die deutsche Politik dabei, systematisch, von Krise zu Krise gesteigert, nahezu naturwissenschaftlich und labormäßig, ein »testing the entente« vorzunehmen. Es ging darum, festzustellen, als wie solide das – in Berlin als monolithisch aufgefaßte – System der Entente-Bündnisse und Absprachen – zwischen Paris, Petersburg und London – sich herausstelle. Es ging ferner darum, eventuell auftretende Risse zu erkennen, und im Folgenden eine mögliche Sprengung der Verbindungen zu betreiben. Das war die erklärte Absicht und Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg zwischen 1909 und 1914.

Was war nun aber dabei deutscherseits vorgeschützt, übertrieben oder vorgespiegelt? Die deutsche Politik basierte, nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, zu großen Teilen auf dem herausragenden Ruf der preußisch bestimmten Armee. Es ist gezeigt worden, daß Kampfwertvergleiche den anscheinend unerschütterlichen Nimbus der deutschen Waffen als immer labiler erscheinen ließen. Spätestens seit der Marokkokrise von 1905 brach sich eine breit gefächerte Kritik an den deutschen taktischen und operativen Ver-

fahren Bahn. Zum Beispiel in der »Revue Militaire des Armées Étrangères« des französischen Generalstabes sowie englischen, französischen und russischen Magazinen, Monatsschriften und Tageszeitungen. Das geschah in einer breiten Kritik unter anderem am Beispiel der deutschen Kaisermanöver. Die nicht unbedingt erfolgreichen diplomatischen Bemühungen Berlins in diesen Jahren verschärften zusätzlich die fortschreitende Erosion des Bildes der Zeitgenossen von der preußisch-deutschen Armee als der »besten der Welt«.

Nicht zuletzt durch den immer wieder aufgenommenen Appell, das Schwert zu ziehen, entwertete, abgesehen von diesem technischen Hintergrund, die Berliner Diplomatie ihre Pressionspolitik 1904/06, 1908/09 und im Herbst 1912 selbst. Es wuchs in den Hauptstädten Europas bis Ende 1912 die Überzeugung heran, nun, bei nahezu vollendeter militärischer Rüstung, diesem Druck künftig widerstehen zu sollen.

So kam es zu einem Krieg, in den Deutschland mit noch nicht vollendeter Rüstung eintrat. In diese Zwangslage war Berlin geraten, obwohl etwa der englische Oberst Repington, im Oktober 1911 in der Times, eindringlich davor gewarnt hatte, die deutsche Armee und deren Leistungsfähigkeit überzubewerten. Deutscherseits wurde diese Kritik, bis hinauf zum Kaiser, empört zurückgewiesen, wobei in Berlin übersehen wurde, daß jahrzehntelang Unsummen in den Schlachtflottenbau geflossen waren, die nun – wie sich herausstellen sollte – in der Armee unübersehbare Lücken verursacht hatten.

Die Marne erreichten, im September 1914, die Armeen des deutschen rechten Heeresflügels nicht nur ohne die 1913 umstrittenen drei Armeekorps, sondern auch ohne ein in Führung und Gefecht konkurrenzfähiges Kampfverfahren und ohne zeitgemäße Ausrüstung und Bewaffnung der Waffengattungen.

Der Begriff des »Kriegerstaates«

Einerseits hat Paul Kennedy in seinem berühmten Buch über den »Aufstieg und Fall der großen Mächte« (1986), vor allem am Beispiel Spaniens, Englands – wie auch Deutschlands, der USA und der UdSSR – dafür plädiert, den Akzent staatlicher Grundstruktur und Politik nicht ausschließlich auf militärische Machtentfaltung zu setzen. Vielmehr seien, so Kennedys Urteil, die »Handelsstaaten«

den »Kriegerstaaten« im Verlauf der Geschichte grundsätzlich überlegen. Diese These, die nicht zuletzt in Washington hart umstritten war, veranlaßte mich, den Begriff »Kriegerstaat«, in Bezug auf das deutsche Kaiserreich, anzuwenden (vgl. »Bismarck war kein Deutscher«, in: »Rückbesinnen und Neubestimmen«, 2000). Andererseits bildete sich die etwas ältere Bedeutung im Verlauf der Diskussionen um das Buch Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« (1961) heraus. Diese wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzungen um Strukturen, Modernitätsgrade und Entwicklungschancen des Kaiserreichs hinterließen eine breitere Spur in der jüngeren deutschen, sozialgeschichtlich orientierten, Historiographie. Es bildete sich die Erkenntnis heraus, die mittelalterlich-feudalen, einseitig kämpferischen Versatzstücke im Erscheinungsbild des wilhelminischen Kaiserreichs (Reden, nationale Parolen, Paraden, Aufmärsche, Stechschritt, Sedanstage, Denkmäler), wie dessen hierarchisch strukturierte Gesellschaft, Armee und Verwaltung, hätten das Bewußtsein des damaligen Bürgertums (bis in die Arbeiter-schaft) einseitig kämpferisch-maskulin geprägt.

Diese Hypothesen, die in der jüngsten deutschen Forschung aufmerksame Ohren gefunden haben, mögen, in den Rahmen der militanten Problemlösungsversuche, welche die deutsche politische Führung zwischen 1905 und 1914 unternahm, hineingespielt haben.

Meine zu Beginn der achtziger Jahre veröffentlichten Arbeiten ließen in Bezug auf die Krisenkonferenz-Problematik innerhalb der Berliner Führungsspitze, wie hinsichtlich des Bürgerkriegs-Problems im militärischen Bereich und hinsichtlich der horrenden, fatalen deutschen Verluste beim Angriff 1914 auf Belgien und Frankreich, diese Momente bereits anklingen.

So gelangte ich, unter dem Eindruck der letzten Aufgipfelung des Rüstungswettlaufs im »Kalten Krieg« zwischen den USA/NATO und der UdSSR 1979/83 zu der Überlegung, militärische Lösungswege wo immer möglich durch diplomatisch-politische und Ansätze der Friedensforschung wenn nicht zu ersetzen, so doch zumindest zu »unterfüttern« (Graf Baudissins System der »Vertrauenbildenden Maßnahmen«).

Dr. BERND F. SCHULTE

* Helmut und Erika Schünemann: »Hohenfinow – Ort am Rande des Barnim. Chronik 1258 – 1334 – 2007«, Herausgeber: Dr. Gisela Gooß, Förderverein Kloster Chorin e.V., 2007.

Bürgerpost-Autoren 2011

Im Jahr 2011 gab es für die »Barnimer Bürgerpost« ein besonderes Jubiläum. Im September erschien die 200. Ausgabe. Inzwischen sind wir beim 18. Jahrgang angelangt. Im Laufe des 17. sorgten insgesamt 97 Autorinnen und Autoren für die inhaltliche Vielfalt unserer »unabhängigen Leserzeitung«, nach 98 im Vorjahr. Ihnen gilt unser spezielles Dankeschön:

Kersten Artus, Hartmut Barth-Engelbart, Cornelia Behm, Axel Bernhardt, Gregor Beyer, Karl-Heinz Blättermann, Stefan Böhmer, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Marco Büchel, Thomas Dyhr, Dr. Dagmar Enkelmann, Stephan Fischer, Frauke, Dieter Gadischke, Johannes Giebertmann, Norbert Glaske, René Gloede, Florian Görner, Andreas Hallbauer, Dr. Detlef Hardorp, Gunnar Hemme, Waldemar Hickel, Andrea Hoehne, Kai Jahns, Gabriele Jordan, Andreas Kaczynski, Thorsten Kleinteich, Birgit Klitzke, Dr. Helmut Koch, Bodo Koch, Dieter Korte, Wolfgang Kracfczyk, Ute Krakau, Renate Kuhlmann, Birgit Kühr, Karl-Dietrich Laffin, Martin Lebrecht, Hartmut Lindner, Stephan Lindner, Dr. Michael Luthardt, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Annemarie Markmann, Larissa Markus, Christian Mätzkow, Bärbel Mierau, Silvia Morgenstern, Jana Mulemba, Bernd Müller, Inken Müller, Udo Muszinski, Ingo Naumann, Dr. Rolf Nowak, Karen Oehler, Martin Osinski, Volker Passoko, Dr. Steffen Peltsch, Prof. Dr. Jürgen Peters, Dr. Manfred Pfaff, Wolfram Pfreundschuh, Hans-Christoph Pietsch, Mathilde Pietzner, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Christel Pritzsche, Antje und Torsten Regulín, Christian Rehmer, Rolf Richter, Elke Rosch, Dr. Christine Schäfer, Philipp Schöning, Dr. Bernd Schulte, Manfred Schwarz, Thomas Sohn, Dr. Günther Spangenberg, Stefan Stahlbaum, Dr. Andreas Steiner, Sabine Stüber, Heike Stumpf, Kajo Tetzlaff, Dr. Rainer Thiel, Tobias Thimm, Patrick Thur, Andreas Timm, Albrecht Triller, Günter Vogler, Silvio Volkmann, Gerd Wagenknecht, Sigrid Walther, Sylvia Warken, Hartmut Wittig, Mirko Wolfram, Thomas Wupper, Margot Ziemann und Carsten Zinn.

Zusammen mit redaktionellen Beiträgen und wiedergegebenen Pressemitteilungen erschienen in den zwölf Ausgaben des Jahres 2011 insgesamt 482 Beiträge.

Wir danken der Digitaldruckerei Grill & Frank, in diesem Jahr aus Finow nach Eberswalde in die Goethestraße umgezogen, die mit großer Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit unser Blättchen aufs Papier bringt. Und wir danken unseren fleißigen Verteilern, dank deren Engagement Sie Ihre »Bürgerpost« im Briefkasten finden können. Dank auch an die Verkaufsstellen »Globus Naturkost« (Eisenbahnstr. 7), Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 2a), Presseshop Bohtz & Neumann in den Einkaufszentren »Heidewald« (Brandenburgisches Viertel) und »Kleiner Stern« (Finow) sowie an den in diesem Jahr neu hinzu gekommenen Regionalläden »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1). Leider mußte im Herbst aus organisatorischen Gründen der Verkauf im Presseshop im »Kleinen Stern« eingestellt werden.

Schließlich sagen wir zum wiederholten Male – was nicht oft genug gesagt werden kann – allen Dank, die mit ihrem Abonnement das sichere ökonomische Fundament für die »Barnimer Bürgerpost« legen. Vor allem dank unserer Förderabonnenten konnten wir von Beginn an den effektiven Verkaufspreis (ursprünglich 1 DM für 8 Seiten, später 1 Euro für 16 Seiten) stabil halten.

Damit es dabei bleibt, brauchen wir Ihre Mithilfe. Gewinnen Sie Ihre Freunde, Bekannten, Nachbarn für ein Abonnement der »Barnimer Bürgerpost«.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

In eigener Sache: Aufgrund eines technischen Problems können die fälligen Abo-Rechnungen leider erst mit der nächsten Ausgabe versendet werden.
BBP-Redaktion

Das Programm. Beschlossen! Und nun?

Die Linke diskutierte

Die Partei DIE LINKE hat Ende 2011 mit großer Mehrheit ihr Grundsatzprogramm beschlossen. Nun will sie es auf seine Praxistauglichkeit testen. Wie verträgt sich der Text der Bundespartei mit der Realität im Landkreis und im Bundesland?

Die NATO soll aufgelöst, Kampfeinsätze der Bundeswehr beendet und Drogen legalisiert werden. Einen demokratischen Sozialismus will die Linkspartei aufbauen. So haben es ein Parteitag und ein Mitgliederentscheid beschlossen. Doch der Traum vom Sozialismus ist Zukunftsmusik...

Im Hier und Heute kümmert sich DIE LINKE in Brandenburg in einer rot-roten Landesregierung um die Probleme des Alltags, welche oft von klammen Kassen bestimmt sind. Im Kreistag, in Eberswalde und in Bernau stellt DIE LINKE die größten Fraktionen. In Biesenthal und in Werneuchen sitzen Bürgermeister mit linkem Parteibuch. »Wir wollen unserem Programm auf den Zahn fühlen«, erklärt der Barnimer Kreisvorsitzende Sebastian Walter zu der Veranstaltung am 9. Januar in Bernau. Die Kernaussagen des Programm sollten präsentiert und in der Diskussion mögliche Konflikte mit der Realpolitik herausgefiltert werden, so Walter.

CHRISTIAN REHMER

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Anzeige

*Wir bedanken uns bei unseren
Kunden und Geschäftspartnern
für die sehr angenehme
Zusammenarbeit im Jahr 2011.*

16225
Eberswalde
Heegermühler Str. 64
MATZKOW
GmbH
25 33 0

Elektroinstallation

- Privat
- Gewerbe
- Kommune
- schnell
- preiswert
- zuverlässig

Angela Mätzkow
Dipl.-Elektroingenieur (FH)
Betriebswirtschaftlicher Leiter

033 34 / 25 33 - 0
033 34 / 25 33 25
elektroinstallation-matzkow@alice.de

Luxemburg und Liebknecht

Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin von Freikorps-Soldaten verhaftet und nach schweren Mißhandlungen feige ermordet. Die Unterschrift für diese Tat gab der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske. Das geschah nur wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung des Januar-Aufstandes.

Karl Liebknecht wurde mit Schüssen aus nächster Nähe in Berlin-Tiergarten hingerichtet und Rosa Luxemburgs Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen, wo sie erst Ende Mai 1919 gefunden wurde. Deshalb mußte ihr Sarg leer bleiben, als er symbolisch mit 31 weiteren Opfern des Aufstandes am 25. Januar 1919 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde zu Grabe getragen wurde. Der Trauerzug wurde zu einer beeindruckenden Massendemonstration.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (beide 1871 geboren) waren die führenden Köpfe der revolutionären Bewegung und gründeten 1915 den Spartakusbund. Die Ermordung der beiden Kommunisten, von denen es später in

der Presse hieß, Liebknecht sei auf der Flucht erschossen und Luxemburg von einer aufgebrachten Menge gelyncht worden, riefen auch im Bürgertum Empörung hervor. Mit Verständnislosigkeit reagierten große Teile der Öffentlichkeit, als ein Gericht die maßgeblich an den Morden beteiligten Offiziere einige Monate später freisprach.

Der Graben zwischen der revolutionären Linken und der Sozialdemokratischen Partei wurde noch tiefer. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg blieben ihrem Anspruch treu bis in den Tod. Mit der Konsequenz ihres Handelns und der unbestechlichen Klarheit ihres Denkens zogen sie sich den Haß des auf Profitmaximierung verpflichteten Systems zu.

So wie einst Liebknecht und Luxemburg müssen auch wir dem jetzt herrschenden System kritisch gegenüberstehen und dürfen nicht alles hinnehmen, was man uns vorsetzt. Wir haben ein Vermächtnis zu erfüllen.

CHRISTINE BRAND
(aus »Klarsicht« 1/2012)

Luxemburg Liebknecht Demo

**Sonnabend 15. Januar 2012, 10 Uhr
Berlin, Frankfurter Tor**

Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde

Die lebenden Toten

*Sie sind gestorben für immer
Und doch leben sie noch
Sie leben in den Erfolgen ihrer Revolution.
Sie hatten nichts mehr von
Dem Land, das auf ihren Gräbern erblüht
Und doch, sie haben es gesehen
Und sind dafür gestorben.
Sie sind gestorben für immer
Und doch leben sie noch. Und leben in uns.
Sie sind nicht gerne gestorben
Haben immer gehofft ihr Opfer
Wär' nicht mehr nötig für die Revolution.
Und ihre Angst war groß
Und größer war nur ihr Mut, nur ihr Mut
Und als der Mord kam über sie
Da war es doch kein Selbstmord.
Sie sind nicht gerne gestorben. Nein,
Sie kämpften nur gern. Und kämpften für uns.*

Text: Kurt Demmler. Ein Lied von „Karat“, 1977.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Markmann (5), Mierau, B. Müller, Roterberg
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 5. Januar 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.2.2012, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)
- Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)